Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 29 (1979)

Heft: 2

Artikel: Die Schweiz im Sommer 1940 : Urteilsmassstäbe - Der Fall Pilet

Autor: Bucher, Erwin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-80819

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SCHWEIZ IM SOMMER 1940

Urteilsmassstäbe – Der Fall Pilet

Von ERWIN BUCHER

Für die Geschichtsschreibung sind die Zeugnisse von direkt und unmittelbar an einem Geschehen Beteiligten bekanntlich von unschätzbarem Wert. Wer Zeitgeschichte betreibt, weiss anderseits um die Tücken einer historisch-wissenschaftlichen Behandlung von Personen und Ereignissen, deren Zeitgenosse man war, die man aber doch nur aus zweiter oder dritter Hand kannte. Als Historiker übernimmt man leicht Urteile und Wertungen, die man sich als Zeitgenosse angeeignet hatte, geht dann mit den entsprechenden Vorurteilen an die Quellen und hört aus ihnen das heraus, was man schon zu wissen glaubt. Dieser Gefahr scheinen wir – die Aktivdienstgeneration – in bezug auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ebenfalls ausgesetzt zu sein. Wir sind jedenfalls bei den Ansichten, Wertmassstäben und Urteilen der Kriegszeit stehen geblieben, obschon seither sehr viel und wichtiges neues Quellenmaterial bekanntgeworden ist. Taten wir dies zu Recht? Der Verfasser hatte Gelegenheit, darüber und auch über das Beispiel Pilet an verschiedenen Orten zu referieren. Er schuldet allen Dank, die ihm ihre Zustimmung oder Kritik äusserten. Die vorliegende Fassung hat diesen Anregungen, soweit es dem Verfasser nötig schien, Rechnung getragen und enthält eine Reihe wichtiger Ergänzungen.

Zuerst wird man sich wohl einmal Rechenschaft geben müssen über die Massstäbe, nach denen das Verhalten der Schweizer, vor allem der führenden Männer, zu beurteilen ist. Dabei soll der Ausgangspunkt zur Erarbeitung dieser Kriterien so selbstverständlich sein, dass er möglichst zu keinen Meinungsverschiedenheiten Anlass gibt. In dieser Absicht gehen wir von den fundamentalen Zielsetzungen der Schweizer im Zweiten Weltkrieg aus. Als erstes strebten sie darnach, die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes behaupten zu können. Ihr sekundäres Ziel war es, die Neutralität des Landes zu wahren, also zu verhindern, dass die Schweiz in den Krieg verwikkelt wurde. Eine Politik, ein Handeln überhaupt, das diesen beiden Zielsetzungen diente, ist demnach als richtig zu bezeichnen.

Nun war die Unabhängigkeit der Schweiz auf drei Fronten zu verteidigen. Das erkannten schon die Zeitgenossen, die von der geistigen, der militäri-

schen und der wirtschaftlichen Landesverteidigung sprachen. Sollte das Ziel erreicht werden, dann durfte keiner der drei Verteidigungsbereiche vernachlässigt werden. Der Zusammenhang zwischen geistiger und militärischer Landesverteidigung ist evident. Den Zeitgenossen war es ebenfalls völlig klar, welch grosse Bedeutung dem wirtschaftlichen Faktor zukam, während er heute zweifellos unterschätzt wird. Ein Versagen oder gar ein Zusammenbruch der schweizerischen Volkswirtschaft ist von den Zeitgenossen im Sommer 1940 als die grösste und akuteste Gefahr für die Schweiz empfunden worden; Mangel an lebenswichtigen Gütern und Arbeitslosigkeit hätten nach ihrer Auffassung auf die geistige und militärische Abwehrbereitschaft verheerende Auswirkungen haben müssen. Die Interdependenz und folgedessen Gleichwertigkeit der geistigen, militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung ist eine erste wichtige Feststellung, die wir hervorheben möchten.

Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen stellt sich die empirisch zu beantwortende Frage nach den Möglichkeiten und Chancen der schweizerischen Landesverteidigung in der auf den französischen Zusammenbruch folgenden Zeit:

Das schweizerische Armeekommando hatte bisher für den Fall eines deutschen Angriffes mit der Unterstützung einer französischen Armee rechnen können. Es glaubte nicht, dass die schweizerische Armee die relativ kurze, den Flüssen und Seen folgende «Armeestellung» von Sargans bis Basel längere Zeit halten könne, hoffte aber, die rückverlegte Front Basel–Olten–Wigger–Luzern[1] mit französischer Hilfe hinreichend verteidigen zu können. Der Zusammenbruch Frankreichs hatte dann in zweifacher Hinsicht sehr ungünstige Folgen für die militärischen Verteidigungsmöglichkeiten der Schweiz. Einmal fiel die französische Hilfe, die als notwendig erachtet worden war, um wenigstens einen Teil des schweizerischen Territoriums halten zu können, vollständig weg. Ausserdem war die Schweiz nun plötzlich von den Achsenmächten eingeschlossen, musste jetzt also von der Voraussetzung ausgehen, sich gegen alle Seiten verteidigen zu müssen. Eine derart ungünstige Entwicklung der strategischen Lage hatte die Vorstellungskraft der Zeitgenossen überstiegen und war nicht in die Planung einbezogen worden. Eine Rundumverteidigung der Schweiz an oder in der Nähe der Grenze hätte ihre Kräfte nun aber bei weitem überstiegen. Es blieb nichts anderes übrig, als die opferreiche Lösung eines Rückzuges ins Reduit. Vom Augenblick der militärischen Einschliessung durch die Achsenmächte bis zur Verteidigungsbereitschaft des Reduits befand sich die Schweiz in der schlimmsten strategischen Lage ihrer Geschichte. Ich glaube, dieser Situation muss die schweizerische Geschichtsschreibung heute, nachdem fast

1 Über die geheimen französisch-schweizerischen Militärabmachungen vgl. BARBEY BERNARD, *Aller et retour*, Neuenburg 1967, bes. 106f. und 116f. und die Darstellung von KREIS GEORG, *Auf den Spuren von La Charité*, Basel 1976 (zit. KREIS, La Charité).

vierzig Jahre verflossen sind, offen ins Auge blicken und vor allem die notwendigen Folgerungen daraus ziehen, wenn sie das Verhalten der verantwortlichen Männer unseres Landes richtig beurteilen will.

Die obersten Offiziere unseres Landes beurteilten die Lage der Schweiz durchaus realistisch[2]. Eine schwere Verantwortung lastete auf dem General. Er neigte zur Auffassung, an seiner Instruktion vom 31. August 1939 müssten gewisse Änderungen vorgenommen werden, wobei er Punkt 2 über die Neutralität im Auge hatte, und fragte daher den Bundesrat am 25. Juni an, ob diese Weisung weiterhin unverändert Gültigkeit habe[3]. Der Bundesrat antwortete am 2. Juli bejahend[4]. Unmittelbar nach Eingang der Anfrage des Generals, nämlich am 26. Juni, hatte Bundespräsident Pilet bereits diese Haltung vor der nationalrätlichen Vollmachtenkommission vertreten. Das bedeutete, dass auch fürderhin unbedingter militärischer Widerstand zu leisten war. Wir betrachten diese Antwort als die einzig mögliche. Wollten wir einräumen, dass es dem Bundesrat freigestanden hätte, anders zu entscheiden, dann würde eine Erscheinung wie die «Offiziersverschwörung» vom Sommer 1940 in ein sehr schiefes Licht geraten.

Wenn er nun auch bereit war, die Verantwortung für einen erfolglosen militärischen Widerstand auf sich zu nehmen, so hatte der Bundesrat doch wohl das Recht, ja sogar die Pflicht, alles zu unternehmen – ohne die Selbständigkeit der Schweiz preiszugeben –, um das Land vor einem Kriege zu bewahren. Für die schweizerische Politik gegenüber dem Dritten Reich während des Sommers und Herbstes 1940 ergab sich zudem die kategorische Notwendigkeit, wenigstens Zeit zu gewinnen, bis das Reduit bezogen war.

Neben der militärischen musste auch die geistige und moralische Widerstandskraft des Schweizervolkes gefördert werden. Durch den überwältigenden Sieg der deutschen Waffen im Westfeldzug und die Einschliessung der Schweiz wurde diese Widerstandskraft einer Zerreissprobe unterworfen. Die Wucht der Ereignisse hatte in der Schweiz zu einer alle Schichten erfassenden Desorientierung und Verunsicherung geführt. War es noch möglich und sinnvoll, militärischen Widerstand zu leisten? Es war eine der Besten der Nation würdige Aufgabe, den Widerstandsgeist im Schweizervolke zu stärken! Es ist nun unschwer festzustellen, dass die Geschichtsschreibung gerade diesem Aspekt der Landesverteidigung die ihm gebührende Aufmerksamkeit schenkt. Es dürfte daher nicht nötig sein, seine Bedeutung noch besonders herauszuarbeiten.

Anders verhält es sich, wie bereits erwähnt, mit der wirtschaftlichen Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg, deren Bedeutung von der heutigen Generation im allgemeinen unterschätzt wird. Die Generation von 1940 hat

2 Vgl. das Protokoll der Konferenz der höchsten Offiziere vom 22. 6. 40, Bundesarchiv (zit. BA) E 27/14126.

3 Brief des Generals und Brief Brachers an Minger vom 29. 6. 40, BA E 27/14111.

4 BA Protokoll des Bundesrates vom 2. Juli, Nr. 1133.

den ökonomischen Faktor zu seinem vollen Gewicht eingeschätzt. Es war dabei weniger die aktuelle Wirtschaftslage, die das Bewusstsein der Menschen beeinflusste, als die jüngste Vergangenheit und in noch stärkerem Masse die Zukunftserwartungen. Einerseits steckte die Erinnerung an die Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre noch in den Knochen, und gleichzeitig befürchtete man für die Zukunft eine noch viel schwerere Krise, da die Schweiz infolge der Einschliessung durch die Achsenmächte von vielen wichtigen Lieferanten und Käufern abgeschnitten war, und das bei einer überdurchschnittlich starken Verflechtung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft! Nur mit grösster Sorge – das geht aus der Presse aller Parteirichtungen hervor – dachten die Zeitgenossen an die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Nur mit ausserordentlichen Anstrengungen würde es möglich sein, die schweizerische Wirtschaft an die schlagartig und fundamental veränderten aussenwirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Auch der General vertrat die vorherrschende Auffassung, dass die grösste Gefahr jetzt nicht mehr an der militärischen, sondern an der wirtschaftlichen Front drohe[5].

Es wäre den Achsenmächten nun möglich gewesen, durch die Unterbindung lebenswichtiger Zufuhren die Schweiz zur Kapitulation zu zwingen. Das «Büro der Psychologen» im Armeestab, das mit Hilfe eines Netzes von Informanten wöchentlich Berichte über die Stimmung der Bevölkerung verfasste[6], stellte immer wieder fest, wie weit die Erkenntnis der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Schweiz von der Achse in der Bevölkerung verbreitet war. Im Wochenbericht für den 11. bis 17. Juni steht z. B. folgende Bemerkung: «Es ist vom verantwortlichen Wirtschaftsführer bis zum denkenden Bauern und vor allem Arbeiter im Laufe der Berichtswoche vielen klar geworden, dass durch den Eintritt Italiens in den Krieg und die Entwicklung in Frankreich die unausweichliche Notwendigkeit eines Anschlusses an den von den Achsenmächten bestimmten Wirtschaftsraum für die Schweiz gegeben ist. Waren derartige Aspekte noch vor kurzem mit ausgesprochen defaitistischen Stimmungsgehalten fast notwendig verbunden, wehrt sich nunmehr auch der überzeugteste Demokrat nicht mehr dagegen.» Am 7. Juli schrieb das «Büro der Psychologen»: «Der entscheidende Faktor für die innere Angleichungsbereitschaft ist die allgemeine Einsicht, dass wir durch die militärische Einkreisung in die wirtschaftliche Abhängigkeit der vorläufigen Siegermächte geraten sind. Jedermann realisiert, dass hier Eingliederungs- und Anpassungsprozesse vor sich gehen müssen ... In beunruhigendem oder sogar defaitistischem Sinne wirkt der Umstand, dass die Grenzen davon nicht abzusehen sind, was der Schweiz an wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit auf diesem Wege abgepresst werden und ob es hierbei noch zu einem ‹Halt!› kommen kann.» Sogar nachdem man mit Erleichterung das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen vom 9. August zur

5 Standort s. Anm. 2.
6 BA E 4450/6105.

Kenntnis genommen hatte, machte sich wieder das Empfinden breit, man sei «auf Gnade und Ungnade dem von den Achsenmächten beherrschten Kontinentalblock ausgeliefert»[7].

Wirtschaftlich überleben konnte die Schweiz jedenfalls nicht gegen die Achsenmächte, sondern nur mit ihrer Hilfe. Vor dieser unangenehmen, aber folgenschweren Tatsache darf die schweizerische Geschichtsschreibung ihre Augen nicht verschliessen.

Halten wir fest:

1. Da die militärische Landesverteidigung nach der Einschliessung der Schweiz durch die Achsenmächte bis zum Bezug des Reduits unter ausserordentlich ungünstigen Voraussetzungen erfolgen musste, kam der eingangs erwähnten zweiten Zielsetzung, dem Bestreben, die Schweiz ausserhalb des Krieges zu halten, erhöhte Bedeutung zu.

2. Die wirtschaftliche Landesverteidigung war im Vergleich zur militärischen und geistigen Landesverteidigung eine gleichwertige und damals sogar vordringliche Aufgabe. Für die Beurteilung der Haltung und des Verhaltens der Schweizer im Zweiten Weltkrieg bedeutet dies, dass es unzulänglich wäre, als einziges Kriterium ihre Leistung zugunsten der geistigen Landesverteidigung heranzuziehen, – und doch ist diese simplifizierende Betrachtungsweise sehr verbreitet. Ich möchte nun allerdings nicht missverstanden werden. Für die grosse Mehrzahl der Eidgenossen bleibt ihre geistige Abwehr des Nationalsozialismus das massgebliche Kriterium, z.B. für die Wehrmänner und alle Zeitungsleute. Es gibt aber Ausnahmen davon. Mit anderen Worten: Es können nicht alle über den gleichen Leisten geschlagen werden.

3. Das dringende Bedürfnis, gerade jetzt einen Krieg gegen die Achsenmächte zu verhindern, und das elementare Bestreben, wirtschaftlich zu überleben – wobei es neben den schweizerischen Gegenleistungen auf den guten Willen der Achsenmächte ankam –, legten es dringend nahe, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die sehr gereizten Beziehungen zum Dritten Reich zu entspannen. Es wäre unseres Erachtens einem Pflichtversäumnis in schwerer Stunde gleichgekommen, diesen Versuch von vorneherein mit der Begründung zu unterlassen, das nütze ja doch nichts. Wir wissen heute, dass die Machtstruktur des nationalsozialistischen Deutschlands mindestens bis zu einem gewissen Grade polyzentrisch und veränderlich, also nicht festgefroren war. Einzelne Faschismusforscher gehen sogar so weit, diese Machtstruktur als «chaotisch» zu bezeichnen[8]. Es steht auch fest, dass es innerhalb der deutschen Führungsschicht Kreise gab, die der Schweiz wohlgesinnt waren. Ein geschicktes Verhalten der Schweiz konnte deren Einfluss stärken.

4. Die Entschärfung der Beziehungen zu Deutschland war nun nicht mit

7 Ibid., Bericht für die Woche vom 27. 8. bis 2. 9.

8 Vgl. SAAGE RICHARD, *Faschismustheorien*, München 1976, 74ff.

den gleichen Mitteln zu erreichen wie die Stärkung der Abwehrbereitschaft gegen den Nationalsozialismus; im Gegenteil, die zur Erreichung der beiden Ziele nötigen Mittel schlossen sich gegenseitig weitgehend aus. Die relativ wenigen Verantwortlichen für die Beziehungen der Schweiz zum Dritten Reich können daher schlechterdings nicht nach ihren Leistungen zur Stärkung des geistigen Widerstandes beurteilt werden. Es war nicht möglich, dass eine Person gleichzeitig beiden Zielen dienen konnte, ohne unglaubwürdig zu werden.

Die Aufgabe, die Beziehungen zum Dritten Reich zu entspannen, um einerseits die Kriegsgefahr zu vermindern und anderseits einen für die Schweiz annehmbaren Handelsvertrag zu erreichen, oblag der schweizerischen Diplomatie. Die Hauptverantwortung trug daher der Vorsteher des Politischen Departementes. Damit wären wir bei der Person von Marcel Pilet-Golaz angelangt.

Sein Wesen war wohl vor allem durch das Erbteil seiner Mutter bestimmt, die eine Pariserin war, und erschien vielen als unschweizerisch. Die intellektuelle Brillanz – eine Eigenschaft, die an sich schon beim Durchschnittsschweizer keine Zuneigung zu erzeugen vermag – war bei Pilet mit einem Überlegenheitsgefühl verbunden, das er nicht verbergen konnte. Diese arrogant wirkende Haltung haben ihm viele nicht verziehen. Auch neigte er in gefährlichem Masse dazu, zu ironisieren, zu verblüffen oder gar zu schockieren. Er machte den Eindruck eines kalten Verstandesmenschen, und es fehlte ihm weitgehend die Gabe, Vertrauen zu erwecken.

Pilet wird nicht nur als Mensch, sondern auch als Bundesrat und Aussenminister ganz überwiegend negativ beurteilt. Viel gefühlsmässige Feindschaft spielt hier mit, was dazu führt, dass seine Kritiker oft ungehalten reagieren, wenn ihr Urteil angezweifelt wird. Die Begründung dieser Ablehnung und Kritik darf nun als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden, so dass sie hier nicht in aller Breite wiederholt werden muss. Die Gegenargumente, zu denen wir aufgrund der vorgängig aufgestellten Kriterien und des Quellenstudiums gelangen, sind hingegen vielfach neu und bedürfen daher einer einlässlicheren Begründung.

Die Voraussetzungen für die Lösung seiner Aufgabe hätten für Pilet im Sommer 1940 kaum ungünstiger sein können, und zwar sowohl was die militärische Bedrohung der Schweiz als auch was die wirtschaftliche Lage betraf. Noch haben wir nämlich nicht das ganze Ausmass der Schwierigkeiten dargestellt, welche die schweizerische Diplomatie zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs von Frankreich zu überwinden hatte.

Im militärischen Bereich hatten die Fliegerzwischenfälle mit Deutschland von Anfang Juni eine ernste Situation heraufbeschworen. Die schweizerische Luftwaffe hatte während des Frankreichfeldzuges Befehl, jedes ausländische, in den schweizerischen Luftraum eindringende Militärflugzeug ohne Warnung anzugreifen. Die Wichtigkeit und Berechtigung dieser Mass-

nahme wäre bei einem Überfall auf die Schweiz voll zutage getreten, der Zielsetzung des blossen Neutralitätsschutzes war sie aber meines Erachtens nicht mehr ganz angemessen. In ihrer praktischen Auswirkung traf diese Massnahme ausschliesslich die deutsche Flugwaffe. Entsprechende Reaktionen des Dritten Reiches waren vorauszusehen. Sie fielen denn auch äusserst heftig aus. Die schweizerischen Flieger wurden angeklagt, die deutsche Luftwaffe über französischem Territorium angegriffen zu haben. Edgar Bonjour schreibt von einer «gefährlich explosiven Empfindlichkeit» der Deutschen und dass sich die deutsche Luftwaffe in ihrer Ehre gekränkt fühlte. Die ungewöhnlich scharfe Sprache des Dritten Reiches in seinen diplomatischen Noten enthielt auch Wendungen, die als Kriegsdrohung aufgefasst werden konnten[9]. Übrigens weiss man heute, dass Hitler die Angelegenheit selbst behandelte und dass er damals die Weisung erteilt hatte, einen Angriffsplan gegen die Schweiz auszuarbeiten[10]. Die schweizerische Diplomatie durfte jedenfalls die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass die Drohungen der Nationalsozialisten ernst gemeint waren.

Auch im wirtschaftlichen Bereich hatte sich die Lage der Schweiz dramatisch verschlechtert, denn die Deutschen hatten die Kohlelieferungen nach der Schweiz unterbunden, um ihre Forderungen, insbesondere die Preisgabe der wirtschaftlichen Neutralität, durchzusetzen. Wenn es nicht gelang, die Deutschen zu veranlassen, die Kohlensperre rückgängig zu machen, musste die schweizerische Wirtschaft in absehbarer Zeit zusammenbrechen, was zu katastrophalen Konsequenzen geführt hätte.

Pilet gab vorerst dem zweifachen Druck nicht nach. Er mochte sich sagen, dass es Deutschland nicht gelegen sein konnte, sich während des Frankreichfeldzuges einen zusätzlichen Gegner aufzuladen. Dann aber brach Frankreich zusammen, das Dritte Reich hatte auf dem Kontinent keinen Feind mehr, und die Schweiz war von den Achsenmächten eingeschlossen.

In dieser Situation erkannte Pilet die Notwendigkeit, dem deutschen Druck auszuweichen. Er entschied sich, in den wirtschaftlichen Fragen hart zu bleiben. Unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs teilte er der nationalrätlichen Vollmachtenkommission sein Ziel mit, die Eingliederung der Schweiz in den Wirtschaftsraum der Achse zu verhindern und den wirtschaftlichen Pressionen des Dritten Reiches standzuhalten[11]. Seine Stellungnahme war wichtig, denn der Chef des Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Obrecht, fiel wegen schwerer Krankheit während der entscheidenden Phase der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen aus.

In der Prestigefrage der Fliegerzwischenfälle, wo Nachgeben keine dau-

9 BONJOUR EDGAR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bde. 4–9, Basel 1970–1976 (zit. BONJOUR), 4, 89.

10 BOURGEOIS DANIEL, *Le Troisième Reich et la Suisse 1933–1941*, Neuenburg 1974 (zit. BOURGEOIS, Troisième Reich), 130; BONJOUR 7, 90 Nr. 56.

11 BA E 1050,1; 26. 6. 40.

ernden Nachteile in sich schloss, war Pilet hingegen bereit einzulenken. Der Bundesrat entschied sich dann einstimmig für den unter verschiedenen Entwürfen ausgewählten Text einer Antwortnote an Deutschland[12]. Die Erledigung dieser Affäre war geschickt[13]. Der Bundesrat beharrte auf seinem Standpunkt, dass – nach allem, was er wusste – die schweizerischen Flieger die Grenze nicht überflogen hätten, räumte aber ein, dass der komplizierte Grenzverlauf doch zu Irrtumsmöglichkeiten Anlass gegeben haben könnte. «Im Hinblick auf diese Möglichkeiten», schrieb das Eidgenössische Politische Departement der Deutschen Gesandtschaft in Bern, «steht der Bundesrat nicht an, sein Bedauern über die Vorkommnisse auszusprechen und für jene Fälle, in denen schweizerische Flieger entgegen den strengen Befehlen und ohne Wissen ihrer Vorgesetzten sich nach der Darstellung der Deutschen Regierung auf nicht-schweizerischem Gebiet befanden, sich zu entschuldigen. Sobald die erforderlichen Unterlagen erbracht sind, wird für die Wiedergutmachung der nach den deutschen Noten auf nicht-schweizerischem Gebiet durch schweizerische Flugzeuge entstandenen Schäden Vorsorge getroffen werden»[14]. Diese Antwort gab die Würde der Schweiz nicht preis. Geschickt war die Antwort deshalb, weil sie unanfechtbar war. Die schweizerischen Flieger konnten nämlich gar nicht in jedem Falle dafür einstehen, den schweizerischen Luftraum nicht verlassen zu haben. Während der Luftkämpfe, die zum Teil über der Ajoie stattfanden, mussten sie den Gegner beobachten und bei hoher Geschwindigkeit ihre Bewegungen nach ihm richten, ohne dem komplizierten Grenzverlauf folgen zu können. Die Sichtverhältnisse waren zudem in diesen Tagen teilweise sehr ungünstig. Zudem sprach ein unbestreitbares Faktum zugunsten der deutschen Version: Verschiedene der abgeschossenen Flugzeuge wurden auf französischem Territorium gefunden. Das waren Überlegungen, die Pilet-Golaz am 3. Juli der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten vortrug[15].

Nun ist es aber gerade die Erledigung der Fliegerzwischenfälle, die dem Chef des Politischen Departements als Schwäche angelastet wird. Dieses Urteil stützt sich auf einen Bericht des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, an Aussenminister von Ribbentrop vom 2. Juli. Weizsäcker schreibt darin, der schweizerische Gesandte in Berlin, Hans Frölicher, habe ihm mitgeteilt, dass eine den deutschen Forderungen entgegenkom-

12 GAUYE OSCAR, *Le Général Guisan et la diplomatie suisse 1940–1941*, in: «Studien und Quellen» des schweizerischen Bundesarchivs Nr. 4, Bern 1978 (zit. GAUYE), 31.

13 ADAM JOST, *Die Haltung der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahre 1940*, Diss. Mainz 1972 (nicht im Buchhandel; zit. ADAM), schreibt zu den Fliegerzwischenfällen: «Alles in allem war die vorsichtige Haltung des Bundesrates erfolgreich» (S. 81). Hier, wie auch in anderen Fällen, gelangten wir zu ähnlichen Urteilen, wie die durch ihre Selbständigkeit gekennzeichnete Diss. von Adam.

14 BONJOUR 7, 96.

15 Entwurf Pilets in seinen Handakten, BA E 2809/1, Schachtel 1.

mende Note des Bundesrates unterwegs sei nach Berlin. «Ich habe dem Gesandten gesagt, mir sei von der Note nichts bekannt. Allerdings hätte ich die Absicht gehabt, u. a. von den Luftzusammenstössen zu sprechen und auf unsere letzten Unterhaltung vom 28. d. M. zurückzukommen. Der Inhalt unseres Gespräches sei der massgebenden Stelle unterbreitet worden. Man habe die Geste des Entgegenkommens durch Entlassung der deutschen Internierten anerkannt. Nachdem wir nunmehr eine Antwortnote erhalten hätten, möchte ich auf diese, sofern erforderlich, im einzelnen erst wieder zu sprechen kommen, nachdem ich sie in Händen habe ... Angesichts der neuen Lage, die mit der Überreichung einer Antwortnote an uns geschaffen worden ist, habe ich von der mir erteilten Ermächtigung, dem Schweizer erheblich entgegenzukommen, keinen Gebrauch gemacht. Entspricht der Inhalt der schweizerischen Note den Andeutungen von Herrn Frölicher, so werde ich mich wohl damit begnügen können, dem Gesandten abschliessend zu sagen, dass wir die Schadenersatzfrage nunmehr auf sich beruhen lassen wollen»[16].

Diesen Brief darf man wahrscheinlich folgendermassen interpretieren: Die deutsche Führung wollte das Entgegenkommen, das die Schweiz durch die Freigabe der internierten deutschen Flieger bekundet hatte, ihrerseits durch ein Entgegenkommen beantworten und die Schadenersatzfrage fallen lassen. Frölichers Hinweis, dass eine Note des Bundesrates unterwegs sei, hielt von Weizsäcker davon ab, ihm dies jetzt schon mitzuteilen; dieses Entgegenkommen konnte die Haltung des Bundesrates nun sowieso nicht mehr beeinflussen. – Nach dem Eingang der schweizerischen Note wurde die Schadenersatzforderung dann tatsächlich gestrichen.

Die Formulierung des Briefes vom 2. Juli an Ribbentrop lässt die Frage offen, ob Hitler – er dürfte die von Weizsäcker erwähnte «massgebende Stelle» sein – vielleicht noch weitere Konzessionen gemacht hätte. Von Weizsäckers Bericht über die vorangegangene Besprechung mit Frölicher vom 28. Juni macht es aber sehr unwahrscheinlich, dass die deutsche Führung zu grundlegendem Entgegenkommen bereit gewesen wäre. Als Frölicher am 28. Juni auf die Fliegeraffäre zu sprechen kam, antwortete von Weizsäcker nämlich, darauf könne er nicht eingehen, da die Frage in Bern hängig sei. Er bestätigte dies umgehend dem deutschen Gesandten in der Schweiz, Otto Carl Köcher. Dieser hatte also für das Reich die Verhandlungen zu führen. Um alles klarzustellen, machte ihn der Staatssekretär darauf aufmerksam, dass die deutsche Note vom 19. Juni unverändert massgeblich bleibe[17]. Es ist daher kaum anzunehmen, dass Weizsäcker einige Tage später den Auftrag gehabt hätte, hinter dem Rücken Köchers auf einer von dieser Note abweichenden Basis mit Frölicher über die Fliegerzwischenfälle zu

16 Mikrofilmkopie des Briefes: ETH, Archiv f. Zeitgesch., NA T 120/177, Serial 183, 86179/80.
17 BONJOUR 7, 94ff.

verhandeln. Die Annahme, Hitler hätte sich im Augenblick seines grössten Triumphes von Pilet zum Nachgeben zwingen lassen, falls dieser seinen harten Kurs weiterverfolgt haben würde, widerspräche ausserdem unseren Kenntnissen vom Charakter des nationalsozialistischen Regimes.

Noch eine wichtige Klärung ist möglich und nötig. Wir Schweizer sind bisher immer selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Angaben der schweizerischen Flieger und nicht die der deutschen richtig waren. Aufgrund seiner Gespräche mit General Guisan hat nun aber René-Henri Wüst 1966 ein Buch veröffentlicht, betitelt: «Alerte en pays neutre». Zu den Fliegerzwischenfällen heisst es darin: «L'aviation militaire suisse ne manque aucune occasion d'attaquer la Luftwaffe. Délibérément, elle recherche le combat avec elle.» Und an anderer Stelle: «Il était exact, comme l'affirmait l'état major de Gœring, que des chasseurs suisses avaient poursuivi des appareils de la Luftwaffe pour les abattre au-dessus du territoire français»[18]. Bei ihrer «Strafaktion» vom 8. Juni dürften die deutschen Flieger ihrerseits mit vollem Wissen in den schweizerischen Luftraum eingeflogen sein.

Anlässlich der Besprechung der Fliegerzwischenfälle zwischen ihm und dem Bundesrat vom 1. Juli hatte der General allerdings kategorisch bestritten, dass schweizerische Flugzeuge die Grenzen überflogen haben könnten[19]. Entweder war er damals selber noch nicht über den wahren Sachverhalt informiert, oder dann wollte er den Bundesrat nicht davon unterrichten. Die zweite Möglichkeit ist nicht auszuschliessen, denn es sind ja Fälle bekannt geworden, in denen der General wichtige, aber für ihn unangenehme Tatsachen bestritt. So bezeichnete er es noch nach dem Bekanntwerden des Aktenfunds von La Charité sur Loire gegenüber dem Bundesrat als unwahr, dass der schweizerische Generalstab mit den Franzosen militärische Absprachen getroffen habe[20]. In seiner Unterredung mit dem SS-General Schellenberg bestritt er diese Vereinbarungen ebenfalls, weshalb seine Ausführungen kontraproduktiv wirkten[21]. In der Besprechung vom 1. Juli bezeichnete General Guisan die Fliegerzwischenfälle als eine «rein politische Angelegenheit». Der vom Bundesrat entworfenen Antwortnote an die Reichsregierung konnte er nicht zustimmen, wollte sich ihr jedoch auch nicht widersetzen. Aber auch er war der Auffassung, im Falle einer ablehnenden Antwort müsste eine neue Generalmobilmachung der Armee angeordnet werden[22].

Aufgrund einer weitgehend geklärten Quellenlage und unter Berücksichtigung des Charakters der nationalsozialistischen Diktatur dürfte sich das Urteil aufdrängen, dass Bundesrat Pilet mit seinem in schwerster Stunde

18 3. Aufl. Neuenburg 1966, 86 und 116.
19 GAUYE 31.
20 KREIS, La Charité 132f.
21 s. S. 385.
22 GAUYE 31f.

gefassten Entscheid zur Erledigung der Fliegerzwischenfälle richtig und im Landesinteresse gehandelt hat.

Was die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland anbelangt, so gab Pilet, wie erwähnt, weiterhin die Losung aus, in den wesentlichen Punkten nicht nachzugeben. Der Vertrag, der schliesslich am 9. August zustande kam, darf als Erfolg der schweizerischen Diplomatie gewertet werden. Der zähe Widerstand der schweizerischen Unterhändler, den die Deutschen nicht erwartet hatten[23], zahlte sich aus. Die elastische Haltung der Schweiz in der Frage der Fliegerzwischenfälle dürfte sich ebenfalls günstig auf die Wirtschaftsverhandlungen ausgewirkt haben; gleichzeitig wurde die polyzentrische Machtstruktur des Dritten Reiches sichtbar. Hermann Göring, Oberbefehlshaber der Luftwaffe und zugleich Verantwortlicher für den wirtschaftlichen Vierjahresplan, wollte die Schweiz für die Fliegerzwischenfälle durch Verlängerung der Kohlensperre bestrafen, drang aber nach der Erledigung dieser Affäre nicht durch[24].

Nun zu zwei Vorfällen, bei denen die Person Pilets im Mittelpunkt stand und die schon die Zeitgenossen stark beschäftigt haben. Wir meinen die Rede vom 25. Juni 1940 und den Frontistenempfang vom 10. September 1940. Die Ansprache des Bundesrates vom 25. Juni dürfte Pilet, was allgemein angenommen wird, weitgehend selbst verfasst haben. Bei seinen Handakten liegt jedenfalls ein Entwurf von seiner Hand, der bereits die wesentlichen Punkte dieser Rede enthält. Es ist allerdings möglich, dass der Einfluss von Bundesrat Etter auf diesen Entwurf bisher von der Geschichtsschreibung unterschätzt wurde.

Die bundesrätliche Ansprache vom 25. Juni[25] wurde von den Zeitungen der verschiedenen in der Schweiz lebenden Sprachgruppen sehr ähnlich, von der Presse der verschiedenen Parteien hingegen etwas unterschiedlich aufgenommen. In den bäuerlichen Zeitungen, einschliesslich der von Markus Feldmann redigierten «Neuen Berner Zeitung», aber ohne den «Schaffhauser Bauer», der sich damit jedoch in Gegensatz zur kantonalen Bauernpartei setzte, fand der Bundesrat ein günstiges Echo. Überwiegend positiv war auch die Reaktion der katholisch-konservativen Presse, leise Kritik äusserten der «Popolo e Libertà» und die «Ostschweiz». Begeisterte Zustimmung fand die Ansprache hingegen im «Vaterland» und im «Nouvelliste valaisan». Der Inlandredaktor des «Vaterlandes» bezeichnete die Rede vom 25. Juni als «ein weises und geistesgegenwärtiges Dokument der Staatslen-

23 Dies entnehmen wir einer Lizentiatsarbeit von Robert Vogler über die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland im Sommer 1940; vgl. dazu vor allem: HOMBERGER HEINRICH, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1970.

24 Vgl. BONJOUR 7, 98 und BOURGEOIS, Troisième Reich 167f.

25 Französischer Text z. B. bei BONJOUR 4, 117ff.; deutscher Text z. B. bei KURZ HANS RUDOLF, *Dokumente des Aktivdienstes*, Frauenfeld 1965, 74ff.

kung», das «in seiner ungeschminkten Klarheit und seiner Wirklichkeitsschärfe wie ein neuer schweizerischer Stellungsbezug anmute»[26].

Die freisinnig-demokratische Presse änderte ihr Urteil im Laufe der Wochen. In den ersten Kommentaren überwogen die positiven Stellungnahmen. Wenn diese Zeitungen aber später auf die Rede zurückkamen, so geschah dies fast immer in kritischem Sinne. Sie beanstandeten vor allem die mangelnde Klarheit. Dabei muss man wissen, dass auch im Bundesrat zu jener Zeit politische Reformen diskutiert wurden und Bundesrat Etter den Auftrag hatte, ein Reformprogramm zu entwerfen. Gerüchte gingen um über die Absichten Etters. So befürchteten die Zeitungen z. B., dass der Bundesrat auf dem Vollmachtenwege durch eine Tagsatzung der kantonalen Regierungspräsidenten die Verfassung ändern könnte. Nachträgliche kritische Äusserungen zur Rede vom 25. Juni sind vermutlich manchmal indirekt gegen diese Tendenzen gerichtet[27].

Ein weiterer gemeinsamer Zug in der Stellungnahme der freisinnigen Presse ist neben der nachträglichen Kritik und dem Vorwurf der mangelnden Klarheit die Feststellung zuhanden des Lesers, dass der Bundesrat keine radikalen Reformen beabsichtige und seine ihm vom Volke und vom Parlament eingeräumten Befugnisse nicht zu überschreiten gedenke.

Zustimmung zur Rede konnte man von der «Lausanner Revue», der Hauszeitung der Waadtländer Radikaldemokraten erwarten. Ihr Kommentar überrascht aber durch seine kühle, eher kritische Reaktion. Die Revue macht der bundesrätlichen Rede zum Vorwurf, dass sie nicht angebe, in welcher Beziehung Reformen durchzuführen seien, und weist darauf hin, dass die Demokratie nicht blinde Gefolgschaft der Massen benötige, sondern Kritik; eine andere Staatsform würde unser Volk nicht ertragen.

Die sozialdemokratische Reaktion fiel differenziert aus. Auf der einen Seite fand die Ansprache vorbehaltlose Zustimmung, weil sie Arbeitsbeschaffung um jeden Preis versprach – neben der Ankündigung der teilweisen Demobilmachung übrigens die einzige konkrete Aussage der Rede. Wegen des Versprechens der Arbeitsbeschaffung dankte die SPS als einzige Partei dem Bundesrat offiziell für seine Rede vom 25. Juni. Die sozialistische Presse hielt verständlicherweise mit Genugtuung fest, dass der Bundesrat geradezu das «Recht auf Arbeit» postuliert habe.

Das heisst nun natürlich nicht, dass die sozialdemokratische Presse auch den Rest der Rede begrüsst habe. Nur die «Libera Stampa» reagierte anfänglich positiv, die übrigen Zeitungen kritisierten sie, meist in gemässigter Form. Man rügte auch hier die unklaren und missverständlichen Formulierungen. Schleierhaft seien die Ausdrücke am Schluss der Rede. Sollten sie bedeuten, dass der Bundesrat autoritär zu regieren gedenke, so müsste man

26 27. 6. 40.

27 Der sogenannte «Plan Etter» wurde am 10. 9. 40 vom Bundesrat behandelt und der Presse bekanntgegeben.

ihn an seinen Eid auf die Verfassung erinnern. Missverständnisse seien entstanden, weil der Bundesrat zweideutige Worte, wie «Umbruch», «Erneuerung» und «Verzicht auf altväterische Gewohnheiten» verwendet habe. Auch die sozialistische Presse warnte ihre Leser vor einer Überinterpretation der Rede.

Hugo Kramer, der Welschlandkorrespondent verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen, schrieb in seinem Kommentar: «Herr Pilet ist ein Meister der feingetönten Schattierung. Er war klug genug, nichts zu sagen, woran man ihn hätte aufhängen können.» Der aufmerksamere Hörer habe aber gemerkt, dass er eine autoritäre Staatsführung anstrebe[28]. Die «Berner Tagwacht» stellte ebenfalls fest: «Zu einem autoritären Regime bekennt sich auch unser Bundesrat. Wir billigen ihm ohne weiteres zu – nicht aus faschistischen Absichten.» Die Schweiz stehe «wirtschaftlich und neutralitätspolitisch vor allerschwersten Aufgaben», und der Bundesrat gehe gezwungenermassen den autoritären Weg[29]. Fast alle übrigen sozialistischen Zeitungen kritisierten allerdings diese Absichten des Bundesrates.

Wenn wir den gemeinsamen Nenner der kritischen Presseäusserungen zur Rede bestimmen wollen, dann ist es einmal die Neigung zu autoritärem Handeln, die getadelt wird. Ferner fällt auf, dass die Rede als unklar und zu Missdeutungen führend empfunden wurde. Es wird nicht behauptet, dass sie anpasserisch sei oder gar eine Bereitschaft zur Kapitulation erkennen lasse. Man bedauert aber, dass sie verschiedene Deutungsmöglichkeiten zulasse.

Einen Tag nach der Ansprache hielt die Vollmachtenkommission des Nationalrates eine Sitzung ab. Eine Minderheit der Kommission benützte die Gelegenheit, um sich zur Ansprache des Bundesrates vom Vortage zu äussern, wobei sich die zustimmenden und die ablehnenden Voten etwa die Waage hielten[30].

Die Wochenberichte über die Stimmung der Bevölkerung befassen sich am 1. Juli eingehend mit der Rede, vermögen aber nicht abzuschätzen, ob die zustimmenden oder die ablehnenden Reaktionen überwiegen. Eine Woche später gelangte das «Büro der Psychologen» dann zur Erkenntnis, dass die «ablehnende Haltung sich wesentlich verbreitert» habe, «und zwar mehr in der Form eines allgemeinen Malaises als aufgrund kritischer Argumente». Es habe sich gezeigt, «dass die eigene Substanz der Rede zu einer wirklichen und andauernden Gestaltung der labil gewordenen Haltungen nicht ausreichte». Es würden «in zunehmendem Masse ein Mangel an Klarheit und ein Fehlen von entschiedenen konkreten Zielsetzungen» kritisiert. Spätere Wochenberichte sprechen dann von einer Enttäuschung der Bevölkerung, dass der Rede nicht entsprechende Taten gefolgt seien. Etwas er-

28 Volksstimme SG 1. 7. 40.
29 26. 6. 40.
30 BA E 1050,1.

staunlich ist es, dass weder die Presse noch die Wochenberichte des «Büros der Psychologen» den kritischen Einwand festhalten, dass die Rede mit Ausnahme gewisser Passagen, wie etwa der Ankündigung einer teilweisen Demobilmachung oder dem Versprechen der Arbeitsbeschaffung, in ihrer geschliffenen Rhetorik für die breite Masse der Bevölkerung schwer verständlich war.

Der Frontistenempfang vom September 1940 hat dann eine Neuinterpretation der Rede vom 25. Juni begünstigt, die zuerst als unklar und mehrdeutig, jetzt aber als anpasserisch bezeichnet wurde. Diese Auffassung hat sich durchgesetzt. In der Literatur wird sie sogar manchmal als Beweis der Kapitulationsbereitschaft Pilets angeführt. Vielfach steht man dabei unter dem Eindruck, die Rede sei mit einer vorgefassten Meinung beurteilt worden, manchmal scheint sie überhaupt nicht sorgfältig gelesen worden zu sein. Die Interpretatoren werten dabei auch Sätze sehr negativ, die den Zeitgenossen selbstverständlich waren. Erst die Lektüre der zeitgenössischen Presse vermag zu zeigen, wie sehr Aussagen Pilets, an denen wir uns heute stossen, der Zeitstimmung entsprachen.

Sehen wir uns nun die kritisierten Stellen der Rede näher an. Vorerst muss auf Ungenauigkeiten der deutschen Übersetzung hingewiesen werden. Es heisst darin, wir hätten «mitzuwirken an der Wiederherstellung der im Umbruch begriffenen Welt», wobei sich die Begriffe «Wiederherstellung» und «Umbruch» die Waage halten. Pilet sprach aber von der «restauration du monde disloqué», was wörtlich «Wiederherstellung» einer aus den Fugen geratenen Welt heisst. Hier wird nur von Wiederherstellung gesprochen, nicht von Umbruch. Immerhin bezeichnete Pilet den Waffenstillstand zwischen Frankreich und Deutschland als ein «gewaltiges Ereignis, das weittragende Folgen» haben werde. Überschätzte er hier nicht die Bedeutung des zeitgenössischen Geschehens? Um dies zu beurteilen, muss man wissen, dass der Eindruck, eine grosse Zeitenwende mitzuerleben, die verbreitetste Empfindung war, die man in der Presse jener Zeit finden kann. Die sozialdemokratischen und die bäuerlichen Zeitungen vertraten übereinstimmend die Auffassung, der Sieg Hitlers bedeute das weltgeschichtliche Ende des Kapitalismus. Die Katholisch-Konservativen sahen im damaligen Weltgeschehen eher das Ende des weltanschaulich-politischen Liberalismus. Die freisinnig-demokratische Presse war in dieser Frage verunsichert, der Glaube an die eigenen Ideale, vor allem die Marktwirtschaft, war erschüttert. Die «Nation» schrieb dazu am 11. Juli: «Der Kapitalismus sinkt ins Grab; auch die Gralshüter der überlieferten Wirtschaftsformen wissen es. Wie wäre es anders möglich, dass in der ‹Neuen Zürcher Zeitung› nach einem Plan für unsere Volkswirtschaft gerufen wird?»

Als Beweis für die einhellige und von Zeitgenossen nie bestrittene Auffassung, einer grossen Zeitenwende beizuwohnen, könnten ungezählte Pressezitate angeführt werden, die über Pilets verhältnismässig vorsichtige Formu-

lierung hinausgehen. Es sei hier nur Robert Grimm zitiert, der anfangs August vor der Präsidentenkonferenz der bernischen Sozialdemokratie ausführte: «Was sich heute vor unseren Augen abspielt, ist wohl das grösste Drama der Weltgeschichte ... Wir stehen vor einem gewaltigen geschichtlichen Umwälzungsprozess. Die alte Zeit, deren Basis der wirtschaftliche Liberalismus gewesen ist, besteht nicht mehr ... Neue Formen des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenwirkens werden entstehen ... Weg und Ziel allerdings sind anders, als wir sie uns vorgestellt hatten.»[31]

Nun zum Wort «Anpassung», das in der Rede einmal vorkommt. Um seinen Sinn zu verstehen, muss man sich die Mühe nehmen, den Kontext mitzulesen. Pilet sagte: «Es sei auf unseren Handel, auf unsere Industrie, auf unsere Landwirtschaft hingewiesen. Wie schwer wird ihre Anpassung an die neuen Verhältnisse werden ...» Pilet spricht nur von der wirtschaftlichen Anpassung an völlig veränderte Verhältnisse, und diese war, wie wir bereits erwähnt hatten, schlechterdings lebenswichtig. Der Bundesrat stellt dann weiter fest: Die erste Pflicht des Staates sei es, Arbeit und Brot sicherzustellen. «Zur Erreichung dieses Ergebnisses werden wichtige Entscheidungen nötig sein. Und zwar nicht etwa solche, über die wir vorher lange beraten, diskutieren und abwägen können. Also Beschlüsse, die gleichzeitig überlegt und rasch auf Grund eigener Machtbefugnisse zu fassen sein werden.» Das heisst, um der allgemein befürchteten grossen Arbeitslosigkeit Herr zu werden, muss der Bundesrat sofort handeln können, ohne Zeit zu haben, das Parlament oder gar das Volk zu fragen. Auch dies leuchtet ohne weiteres ein. Die juristische Basis hierfür hätten die Vollmachten geliefert, die den Bundesrat bevollmächtigten und zugleich beauftragten, die zur Sicherung des Lebensunterhaltes erforderlichen Massnahmen zu treffen. Der Bundesrat wollte möglicherweise das Volk darauf vorbereiten, dass er im Falle einer Arbeitslosigkeit von den Machtbefugnissen, die ihm die Vollmachten einräumten, in ganz anderem Ausmass als bisher werde Gebrauch machen müssen. Der klare Zusammenhang zwischen der Arbeitsbeschaffung und dem Handlungsspielraum, den Pilet für den Bundesrat forderte, ist allerdings von vielen Zeitgenossen nicht erfasst worden. Bürgerliche Zeitungen glaubten daher, die Sozialisten darauf hinweisen zu müssen, dass sie nicht gleichzeitig vom Bundesrat Arbeit um jeden Preis fordern und ihm die hierfür nötigen Befugnisse verweigern könnten. Die «Berner Tagwacht» und die «Basler Arbeiterzeitung» haben diesen Zusammenhang in Pilets Rede allerdings erkannt.

Es ist nun aber nicht zu übersehen, dass Pilet auf diesen Machtbefugnissen insistiert und auch an anderen Stellen der Rede vom raschen und selbständigen Handeln der Regierung spricht. Der Wunsch nach mehr Handlungsspielraum eignet nun aber fast allen Regierungsmännern. Ausserdem

31 Berner Tagwacht vom 5. 8. 40.

kam der Zeitgeist diesem Streben sehr entgegen. Man war Zeuge gewesen, wohin die mangelnde Handlungsfähigkeit der parlamentarisch-demokratischen Grossstaaten geführt hatte. Der Ruf nach einer tatkräftigen Regierung war weitherum zu hören und wurde auch von vielen Sozialisten angestimmt. Das «Volksrecht» schrieb z. B. einige Tage nach Pilets Rede: «Die Demokratie ist handlungsfähig, wenn in ihren leitenden Männern der Wille zum Handeln vorhanden ist.»[32]

Folgender Satz am Anfang seiner Rede wird Pilet manchmal zur Last gelegt: «Welches auch die Trauer sein mag, die jeden Christen angesichts der angehäuften Ruinen und Menschenverluste erfüllen mag, so bedeutet es doch für uns Schweizer eine grosse Erleichterung zu wissen, dass unsere drei grossen Nachbarn nun den Weg des Friedens beschritten haben.» Zum Verständnis dieses Satzes muss man unseres Erachtens berücksichtigen, dass in der Bevölkerung die Neigung sehr verbreitet war, nun zu den Gewohnheiten der Friedenszeit zurückzukehren. Eine gewisse Sorglosigkeit machte sich – neben dem Defaitismus – breit, und die Zivilbevölkerung wie auch die Truppe wartete ungeduldig auf die Demobilmachung. Es gehörte nun zu der Gesprächstaktik Pilets, zuerst einmal auf die Empfindungen seiner Zuhörer oder Gesprächspartner einzugehen und erst darauf seine Kritik anzubringen. Wir vermuten, dass er auch hier diese Taktik anwandte. Selbstverständlich konnte man Erleichterung empfinden, dass für die Schweiz nun die Gefahr vorbei war, in den Krieg der Nachbarn gezogen zu werden. Dann folgen aber Einschränkungen, die für ein richtiges Verständnis des zitierten Satzes mitberücksichtigt werden müssen. Nachdem er eingeräumt hatte, dass die Beruhigung, die uns das Ende des Krieges an unseren Grenzen gebracht habe, «natürlich und menschlich» sei, sagte Pilet nämlich: «Wir dürfen uns indessen dadurch nicht täuschen lassen. Uns nun den Illusionen eines sorgenlosen Glücks hinzugeben wäre gefährlich. Es wird auf die soeben erlebte Gegenwart eine allzu schwere Zukunft folgen, als dass wir gleichgültig in die Vergangenheit zurückfallen könnten. Waffenstillstand bedeutet noch nicht Frieden, und unser Weltteil bleibt im Alarmzustand.» Diese wichtigen einschränkenden Bemerkungen, zur «grossen Erleichterung», die das Ende des Krieges zwischen unseren Nachbarn für uns Schweizer bedeute, machen es unwahrscheinlich, dass Pilet damit seine Befriedigung über den Ausgang des Frankreichfeldzuges zum Ausdruck gebracht hätte.

Pilets Feststellung: «Bevor Europa wiederum zum Aufstiege gelangen kann, muss es sein neues Gleichgewicht finden, welches zweifellos sehr verschieden vom bisherigen und auf anderen Grundlagen aufgebaut sein wird als auf jenen, die der Völkerbund trotz seinen Bemühungen nicht zu erreichen vermochte», ist die Bereitschaft zur Einordnung in das von

32 29. 6. 40.

den Achsenmächten beherrschte Europa, ja als «politische Kapitulation» bezeichnet worden. Das ist schwer verständlich. Die Auffassung, Europa werde nach dem Kriege, wie immer dieser ausgehen möge, ein ganz anderes Gesicht haben als vor 1939, war in der zeitgenössischen Presse oft anzutreffen und brachte die Vorstellung einer grossen Zeitenwende zurückhaltend zum Ausdruck. Pilet dürfte hier zudem seine Reserve gegenüber dem «neuen Europa» der Achsenmächte deutlich gemacht haben, die eine Hegemonie anstrebten und gerade kein «Gleichgewicht», wie er es als Voraussetzung für den Wiederaufstieg unseres Kontinentes bezeichnete.

Schliesslich spricht der Bundesrat auch von der «inneren Wiedergeburt» und vom «Abstreifen des alten Menschen». Er versteht darunter: «Nicht schwatzen, sondern denken, nicht herumdiskutieren, sondern schaffen, nicht geniessen, sondern erzeugen, nicht fordern, sondern geben.» Aus den darauffolgenden Sätzen wird deutlich, dass Pilet bei seiner Forderung nach einer inneren Wiedergeburt seine Hauptsorge, die für eine nahe Zukunft erwarteten schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor Augen hatte, die nach seiner Auffassung offenbar nur durch eine ethische Neuorientierung an den Pflichten gegenüber der Gemeinschaft gemeistert werden konnten. Der Gedanke, die schwere Zeit könne nur mit Hilfe einer moralischen und geistigen Erneuerung bestanden werden, war ebenfalls Allgemeingut der Zeitgenossen und findet sich in der Presse aller Schattierungen schon nach den ersten französischen Niederlagen. Vor allem die Sozialisten dachten in dieser Frage ähnlich wie Pilet. Die «Rote Revue» schrieb in ihrer Julinummer, Deutschland habe bewiesen, dass unbeugsamer Wille, Hingabe und Opfer die Voraussetzungen grosser Erfolge seien, und forderte die geistige Erneuerung auch für unser Land. Die «Berner Tagwacht» schrieb am 25. Juli, ein dumpfes Gefühl der ethischen Unzulänglichkeit nage am Gewissen der Völker, eine «moralische Wiederaufrichtung des Abendlandes» sei nötig. Am Parteitag der Zürcher Sozialdemokraten vom 7. September 1940 beendete der schweizerische Parteipräsident Hans Oprecht seine Rede mit der Feststellung: «Wir müssen den Mut zur durchgreifenden Erneuerung vor allem in persönlicher Hinsicht aufbringen.» Die «Nation» hatte schon am 13. Juni geschrieben: «Am Anfang des Wiederaufstieges der Demokratie steht eine Revolution des Denkens, eine geistige Neueinstellung.» Noch früher, nämlich am 21. Mai, vertrat ein Leserbrief in der «Neuen Zürcher Zeitung» die Auffassung: «Das furchtbare Geschehen der Gegenwart hat nur einen Sinn, wenn von ihm die Kraft ausgeht, den Menschen seinem besseren Ich zuzukehren.» Das Luzerner «Vaterland» schrieb am 3. September, jede wirkliche Erneuerung müsse von innen, von der Seele her kommen. Schliesslich sei noch die «Gazette de Lausanne» zitiert, die unter dem frischen Eindruck der französischen Niederlage am 20. Juni meinte, wir hätten menschlich versagt, eine geistige Umkehr sei nötig, wenn unser Land den kommenden Stürmen standhalten solle.

Bei einem etwas eingehenderen Studium der Rede vom 25. Juni wird man dem Linkssozialisten Hugo Kramer beistimmen müssen, dass der Bundespräsident nichts gesagt hätte, an dem man ihn aufknüpfen könne. Es war keine «Anpasserrede» im schlimmen Sinne.

Bisher haben wir die Rede Pilets vom 25. Juni als eine innenpolitische Erklärung betrachtet, wie es die Zeitgenossen verständlicherweise auch taten, denn es handelt sich der Form nach um eine solche. Könnten aber nicht auch Überlegungen aussenpolitischer Natur dahintergestanden haben? Die Rede wurde zu jener Zeit gehalten, da der schwerste aussenpolitische Druck auf Pilet lastete. Die Fliegerzwischenfälle waren noch nicht beigelegt und die Kohlenzufuhr gesperrt. Wahrscheinlich konnte Pilet die aussenpolitischen Probleme, die auf ihn eingestürzt waren, beim Abfassen seiner Rede nicht einfach beiseite schieben. Bewusst oder dann doch unbewusst müssen sie seine Feder mitdiktiert haben. Es ist meines Erachtens sogar zu vermuten, dass die Ansprache in erster Linie aussenpolitischen Charakter hatte. Wenn sie der Historiker also objektiv beurteilen will, muss er berücksichtigen, dass es unmöglich war, zugleich dem Kampfe gegen den Defaitismus und der für das Fortbestehen der Schweiz ebenfalls dringlichen Sicherung der Wirtschaftlichen Existenz sowie dem Abbau der Kriegsgefahr zu dienen.

Wenn wir annehmen, dass die Rede mit Blick auf die äusserst prekäre wirtschaftliche und strategische Lage der Schweiz zum Ziele hatte, die gereizten und gespannten Beziehungen der Schweiz zum Dritten Reich durch Worte zu verbessern, dann war sie zweifellos geschickt abgefasst, denn die Reaktion der Achsenmächte war positiv, obschon die Ansprache kein substantielles Entgegenkommen enthielt und der Bundesrat bei keinem Wort behaftet werden konnte. Die Unbestimmtheit vieler Formulierungen verliert in diesem Zusammenhang ihren negativen Aspekt. Man könnte nun einwenden, dass Pilet als Bundespräsident – auch wenn er zugleich Aussenminister war – ganz einfach die Pflicht gehabt hätte, der Innenpolitik den Vorrang einzuräumen und eine Ansprache zu verfassen, welche die geistige Widerstandskraft des Volkes aufgerichtet hätte. Diese Auffassung würde aber doch auf einer fragwürdigen Simplifizierung einer komplexen Situation beruhen:

Die Aussenpolitik muss vom politischen Departement und seinen Vertretern im Ausland gemacht werden. Fällt dieses aus oder versagt es, dann kann dies durch kein anderes Staatsorgan wieder gutgemacht werden. Dagegen sollte in einem Lande, das sich als Demokratie versteht, die geistige Haltung des Volkes von innen heraus und nicht von oben herab bestimmt werden. Dies ist normalerweise bei uns der Fall, und Herbert Lüthy schreibt daher sicher mit Recht, dass «Führerlosigkeit» der politische Normalzustand der Eidgenossenschaft sei[33]. Man wird Pilet jedenfalls Verständnis entgegen-

33 Nachwort zu KREIS GEORG, *Die Aktion Trump*, Basel/Stuttgart 1973 (zit. KREIS, Trump), 93.

bringen müssen, wenn er seine aussenpolitischen Aufgaben nicht als zweitrangig betrachtete. Natürlich wäre es sehr von Vorteil gewesen, wenn der Bundesrat ein «erlösendes Wort» zum Volke gesprochen hätte. Damit war er aber vorerst einfach überfordert. Wir haben auch ausserhalb des Bundesrates niemanden finden können, dem dies in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch Frankreichs auch nur in Ansätzen gelungen wäre. Die neuen Tatsachen, mit denen man sich konfrontiert sah, waren zu brutal und betäubend, als dass es sofort möglich gewesen wäre, sich über sie zu erheben. Wir nennen hiefür zwei Beispiele unter vielen, nämlich das Referat Walther Bringolfs vom 25. Juni vor der Delegierten- und Vertrauensleuteversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich und die kurze Ansprache General Guisans an der Sempacher Schlachtfeier vom 9. Juli 1940. Im Zentrum des Referates von Bringolf stand die Feststellung, dass wir uns mitten in einer Umwälzung befänden, die zur Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch den planwirtschaftlichen Staatskapitalismus führen werde, wie die nationalsozialistische Wirtschaft damals nicht unzutreffend charakterisiert wurde. Diese Umwälzung werde den Fortschritt bringen, wenn sie vom sozialen Gedanken beeinflusst sei[34].

Der General wies an der Sempacher Schlachtjahrzeit darauf hin, «dass bei uns noch zu viel geredet werde, die kritische Veranlagung unseres Volkes gehe da zuweit, und das könne gefährlich werden. Denn heute handelt es sich nicht mehr um die Neutralität, sondern um die Unabhängigkeit der Schweiz, und für ihre Bewahrung gibt es nur ein Rezept: wir müssen uns selbst bleiben. Eine gewisse Umstellung mag wohl notwendig sein, aber diese Evolution müssen wir selber aus unserm Geiste machen und nicht kopieren ...»[35]

Ausserordentlich interessant ist in diesem Zusammenhang der Bericht des «Büros der Psychologen» für die Woche vom 18. bis zum 24. Juni, der darauf hinweist, dass selbst jene, die nun vom Bundesrat klärende Direktiven verlangten, im Grunde wussten, damit eine unerfüllbare Forderung zu stellen: «Es fehlt ganz allgemein an Direktiven, die man doch auch wieder nicht erwartet, weil man genügend politischen Instinkt hat, um einzusehen, dass sie in einer so heiklen Situation doch nicht viel deutlicher sein könnten als die eigenen tastenden Meinungen. Und doch sollte hier unbedingt etwas unternommen werden.» Als dann die «Piletrede» tatsächlich keine Klärung brachte, stellte das «Büro der Psychologen» fest: «Die bundesrätlichen Erklärungen vom 25. Juni haben zutreffend zu erkennen gegeben, dass die heutige Situation, die ja das Ergebnis von ausländischen Tatsachen ist, nicht mit Worten gemeistert werden kann. Die Therapie kann offenbar nur in schweizerischen Tatsachen gefunden werden.»

34 Volksrecht vom 26. 6. 40.
35 Vaterland vom 9. 7. 40.

Wer Pilets Rede vom 25. Juni gerecht beurteilen will, wird auch berücksichtigen müssen, dass das Schicksal Frankreichs auf einen Welschen besonders niederschmetternd wirken musste. Bei Pilet hat es nach Angaben von Leuten, die ihn kannten, zu einem eigentlichen Trauma geführt. Im übrigen fehlte ihm völlig die wertvolle, aber nicht alltägliche Gabe, dem Volke gegenüber den richtigen Ton zu finden. General Guisan verstand dies viel besser. Er hat dann glücklicherweise mit dem Rütlirapport die hochwichtige Aufgabe übernommen, den Widerstandsgeist zu beleben. Bundesrat Pilet war also in dieser Hinsicht ersetzbar.

Im Gesamturteil über die Rede vom 25. Juni möchten wir einen Schritt weiter gehen als Herbert Lüthy, der die Ansprache als «glücklos» bezeichnete[36], und sie in ihren innenpolitischen Auswirkungen «unglücklich» nennen, weil sie unklar und missdeutbar war und dadurch Zweifeln an der Haltung des Bundesrates Vorschub leistete. Wir stimmen voll überein mit der Beurteilung der Ansprache durch ein von Prof. Lüthy im Jahre 1972 geleitetes Seminar an der Universität Basel: «Nichts steht in der Rede, das die Regierung in jener Zeit nicht hätte sagen dürfen, aber der unpräzise Ausdruck lässt verschiedene Interpretationen zu.»

Innenpolitisch positiv wirkte das Versprechen der Arbeitsbeschaffung. Das Pilet gegenüber kritische «Büro der Psychologen» schrieb am 10. August: «Das Wort Arbeitsbeschaffung, koste sie, was sie wolle, ist das geflügelte Wort breitester Schichten und der innere Halt von Tausenden von Bürgern. Das ganze Interesse ist oft nur darauf konzentriert.» Auch aussenpolitisch hatte die Rede bei den damaligen Machtverhältnissen für die Schweiz eher günstige Wirkungen.

Die Kritik an der Rede vom 25. Juni erhielt, wie erwähnt, durch die Frontistenaudienz vom 10. September 1940 starken Auftrieb. Die Presse sprach von einer Welle der Entrüstung, die der Empfang im Volke ausgelöst habe. Auch die Geschichtsschreibung berichtet von einer aus dem Volke kommenden spontanen Bewegung. Sie übersieht aber, dass man nicht einfach vom Schweizervolk sprechen kann, denn der Entrüstungssturm beschränkte sich auf die deutsche Schweiz. Auf die französische Schweiz wirkten die heftigen Ausfälle und die Demissionsforderungen kontraproduktiv. Ihre Presse verteidigte zwar die Audienz im allgemeinen nicht, setzte sich aber mit den Kritikern Pilets in manchmal sehr gereiztem Tone auseinander. Sie beurteilte die Kampagne gegen Pilet als Kesseltreiben, das durch persönliche Rachegefühle animiert werde. Solche werden mitgespielt haben, aber die Reaktion der deutschschweizerischen Bevölkerung ist nicht einfach künstlich angeheizt worden. Der Verfasser vermag übrigens nicht aus seiner Deutschschweizerhaut zu schlüpfen und betrachtet die Audienz ebenfalls als Fehler. Sie untergrub das Vertrauen weiter Kreise in Bundesrat Pilet für

36 Nachwort zu KREIS, Trump 93.

immer und war als Mittel seiner Aussenpolitik nicht notwendig. Es lassen sich aber doch «mildernde Umstände» zu seinen Gunsten anführen.

Dazu gehört die eben erwähnte Tatsache, dass die romanische Schweiz den Empfang der Neofrontisten gelassener beurteilte als die deutsche Schweiz und Pilet als Welscher von vorneherein ähnlich empfunden haben mag. Was die Reaktion der Welschen und Tessiner betrifft, ist die Haltung der einzigen welschen sozialdemokratischen Zeitung von Belang, der «Sentinelle» und jene des Tessiner Sozialistenblattes «Libera Stampa» von Interesse. Dieses druckte zuerst Kommentare anderer Zeitungen. Am 17. September schrieb es in einem eigenen Kommentar: der Mann von der Strasse frage sich, warum wegen der paar Wirrköpfe, die da miteinander gesprochen hätten, soviel Lärm gemacht werde. Der Mann von der Strasse habe zwar meistens recht, fügte die Zeitung bei, aber in diesem Falle täusche er sich. Die Tessiner Bevölkerung muss also ähnlich reagiert haben wie die Welschen. Die «Sentinelle» kritisierte Pilets Audienz als Unvorsichtigkeit oder Gleichgültigkeit, ohne aber den Rücktritt des Bundespräsidenten zu fordern.

Aber auch die deutschschweizerische Presse bietet kein einheitliches Bild der Kritik und Ablehnung. Die sozialdemokratische Presse kritisierte die Audienz allerdings heftig, ohne Pilets Haltung jedoch als profaschistisch zu bezeichnen. Sie wünschte den Rücktritt des «Aussenministers», den auch der Landesring der Unabhängigen in noch schärferer Form verlangte.

In der radikal-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung, und die erste Reaktion auf den Empfang war in der freisinnigen Presse am schärfsten. Nachdem die Mitteilung der neofrontistischen Nationalen Bewegung der Schweiz (NBS) der Presse zugestellt worden war, schrieb das «Luzerner Tagblatt» z. B.: «Entweder ist diese Mitteilung frei erfunden – oder Herr Bundesrat Pilet ist unmöglich geworden!»[37]. Als dann aber die Forderung nach einem Rücktritt Pilets auftauchte, wurde sie von der freisinnigen Presse nicht übernommen, vielmehr die Kritik am Verhalten Pilets gedämpft.

Die bäuerliche Presse, mit Ausnahme der «Neuen Berner Zeitung», übte sehr zurückhaltende Kritik an Pilet, während die katholisch-konservativen Zeitungen die Audienz zwar beanstandeten, aber mehr Raum der Kritik an den Kritikern gewährten. Den Sozialdemokraten warfen sie in scharfer Form vor, sie stellten das momentane Parteiinteresse über das Landesinteresse. Die Lektüre der konservativ-christlichsozialen und der bäuerlichen Presse schwächt jedenfalls den Eindruck einer einheitlich ablehnenden Haltung der deutschen Schweiz ab.

Die Lektüre der Quellen, die im Zusammenhang mit der Audienz stehen, veranlasst ebenfalls zu einigen Feststellungen, die Pilets Haltung besser verstehen lassen.

37 12. 9. 40.

1. Seit dem Juni 1940 hatte die damals gegründete NBS in drohendem, ja erpresserischem Tone vom Bundespräsidenten eine Audienz verlangt. Am 22. Juli schrieb der «Führerkreis» der NBS z. B. an Pilet: «Wir verfügen über bestimmte Informationen, und diese sind derart ernster Natur, dass wir mit Ihnen darüber zu sprechen wünschen»[38]. Die Führer der NBS versuchten also den Eindruck zu erwecken, dass sie über besondere, auch dem Politischen Departement nicht zugängliche, aber für die Schweiz sehr wichtige Informationen verfügten, um eine Audienz zu erzwingen. Wenn Pilet sich trotzdem während drei Monaten weigerte, die Neofrontisten zu empfangen, so beweist dies, dass er einen Empfang der Neofrontisten als inopportun betrachtete. Erst der Rat hochgestellter Persönlichkeiten der deutschen Schweiz, denen er Vertrauen entgegenbringen durfte, hat ihn umgestimmt.

2. Ein Artikel des Schriftstellers Jakob Schaffner in der deutschen Zeitung «Das Reich» warb um Verständnis für die Situation der Schweiz und trat für ihre Unabhängigkeit ein. Dieser Artikel fand in der Schweizer Presse eine überwiegend günstige Aufnahme. Wie Schaffner nachher dem deutschen Staatssekretär Weizsäcker schrieb, wollte er damit den Boden vorbereiten für eine Unterredung mit Pilet[39]. Er bat jedenfalls den Bundespräsidenten um eine Audienz. Die Unterredung wurde denn auch Jakob Schaffner, nicht den Führern der NBS, gewährt, er hatte jedoch die Erlaubnis, weitere Personen mitzunehmen, und wählte hiefür zwei leitende Männer der NBS: Max Leo Keller und Ernst Hofmann. Pilet erfuhr vor dem Empfang, dass Hofmann kommen werde. Nicht sicher ist es, ob er dies auch von Keller wusste. Hingegen steht fest, dass die Besprechung nach der Auffassung Pilets privaten Charakter haben sollte, schrieb doch Keller vor der Unterredung an Hofmann, er möchte der Audienz einen offiziellen Charakter geben, was sie bisher noch nicht habe[40].

3. Wie der Bundesrat nachher in einer offiziellen Erklärung festhielt, war die Audienz Schaffners mit Wissen des Bundesrates erfolgt[41]. Bundesrat Etter erinnerte sich nach dem Kriege allerdings nur daran, dass Pilet dem Bundesrat vom Audienzgesuch Schaffners Kenntnis gegeben habe und keiner der Bundesräte dagegen Bedenken äusserte[42]. Aus den Quellen geht nun aber hervor, dass die Bundesräte Wetter und Etter den Empfang der NBS-Führer begünstigt haben[43]. Ferner weist schon die zeitgenössische Presse darauf hin, dass die Bundesräte Minger und Baumann vor der Audienz von

38 BA E 4320, 1971/78.
39 Bonjour 7, 219.
40 5. 9. 40, BA E 4320, 1971/78.
41 Bonjour 7, 205.
42 Nachlass Bundesrat Baumann, BA F I 10, Dossier 122, Brief Baumanns an Dr. E. Steinmann vom 23. 11. 50.
43 Bonjour (4, 323) kennt nur Wetter als bundesrätlichen Mitwisser, Adam (252) fügt ihm Minger und Baumann bei. Beide nennen Etter nicht. In einem Brief von 1946 an seinen

Pilet informiert worden waren, dass NBS-Führer mitkommen würden. Bundesrat Baumann hatte vorher selber die beiden neofrontistischen Führer empfangen. Auch Bundesrat Minger könnte sehr wohl der Audienz beigestimmt haben. Am Rütlischiessen vom November 1940, also zu einer Zeit, da das Verbot der NBS vorbereitet wurde, erklärte er, die Erneuerungsbewegungen «wollen alle zweifellos nur das Beste für unser Land»[44]. Die Neofrontisten stellten mit Entrüstung fest, dass diese Äusserungen von fast allen Zeitungen unterdrückt wurden. Ohne dass wir sie überinterpretieren möchten, können sie doch als Gesprächsbereitschaft Mingers gegenüber den Erneuerungsbewegungen gedeutet werden.

Der Bundesrat hat also zwar nicht offiziell Kenntnis erhalten, dass neofrontistische Führer der Audienz beiwohnen würden, aber Pilet hat seine Kollegen, mit Ausnahme von Celio und Stampfli, privat darüber informiert.

4. In der Presse wurde dem Bundespräsidenten vorgeworfen, er hätte sich vor der Audienz bei der Bundesanwaltschaft über Hofmann und Keller erkundigen sollen, dann wäre die Audienz unterblieben. Es ist richtig, dass beide verhaftet worden waren und die Polizei ihr Haus durchsuchte. Die Untersuchung gegen Hofmann musste aber mangels Beweisen niedergeschlagen werden, und das gleiche stand im Falle Kellers bevor[45]. Ausserdem geht aus der Korrespondenz des Bundesanwaltes mit dem Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes hervor, dass der Bundesanwalt der Auffassung war, nach bisheriger Praxis könne man gegen die NBS nicht vorgehen, denn bis jetzt seien keine strafbaren Handlungen bekannt, die dies rechtfertigen würden, das schweizerische Recht kenne ja kein Gesinnungsdelikt. Der Bundesanwalt wünschte aber eine Verschärfung der Praxis. Ferner schrieb er Bundesrat Baumann am 13. Juli: «Ich halte dafür, dass der neuen Bewegung nicht bloss durch Polizeimassnahmen begegnet werden darf, dass vielmehr mit einwandfreien Vertretern dieser Bewegung Fühlung genommen werden sollte ... Von der Erneuerungsbewegung müssen Garantien verlangt werden, dass sie sich von jeder Abhängigkeit vom Ausland loslöst»[46]. Pilet hat dann in der umstrittenen Audienz, die ihm also auch vom Bundesanwalt nahegelegt wurde, solche Zusicherungen gefordert. Wenn er verschiedentlich als einen der Beweggründe für die Audienz «de

Anwalt Gander bemerkt jedoch Max Leo Keller zum Protokoll über seine gerichtliche Einvernahme, dieses versuche, die Audienz als eine private Angelegenheit Pilets darzustellen, dabei habe er erwähnt, dass eine ganze Reihe prominenter Persönlichkeiten bei ihrer Entstehung direkt oder indirekt beteiligt gewesen seien. Keller nennt dabei namentlich die Bundesräte Wetter und Etter und Nationalrat Walther. Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, Kopien aus dem Nachlass Keller; auch das Volksrecht vom 16. 9. 40 nennt Etter.

44 Luzerner Neueste Nachrichten vom 7. 11. 40.

45 Protokoll der Sitzung des Vorstandes der radikal-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung vom 17. 9. 40, Nachlass Nationalrat Ludwig Friedrich Meyer, BA F I 114 (zit. Nachlass MEYER).

46 BA E 4320, 1968/195, Schachtel 52.

savoir ce qu'ils avaient dans le ventre»[47] nannte, so entsprach dies auch den Wünschen des Bundesanwaltes.

5. Pilet hat also nicht so isoliert gehandelt, wie dies gelegentlich dargestellt wird. Ernst Hofmann war, wie erwähnt, schon vor der Audienz bei Pilet von Bundesrat Baumann, dem Vorsteher des Justizdepartementes empfangen worden[48], dessen demokratische Gesinnung ausser Zweifel steht. Im Beisein des Bundesanwaltes hatte er die Klagen der Neofrontisten über Behinderung ihrer politischen Tätigkeit vorgetragen. Auch Keller ist von Baumann empfangen worden und hat die Aufhebung des Verbotes der «Neuen Basler Zeitung» gefordert[49]. Bundesrat Wetter begegnete Hofmann auf einer privaten Abendveranstaltung und befürwortete auf dessen Wunsch gegenüber Pilet den Frontistenempfang. Wie Pilet der Präsidentenkonferenz der eidgenössischen Räte mitteilte, hatte ihn vor allem diese Intervention zugunsten der Audienz umgestimmt[50]. Andere Bundesräte haben, wie schon erwähnt, dem Empfang der Neofrontisten ebenfalls zugestimmt. Pilet schrieb nach dem Kriege: «j'ai refusé à plusieurs reprises de les recevoir. J'aurais préféré de beaucoup m'abstenir. Mais tel n'était pas l'avis de certains de mes collègues»[51]. Die Quellen bestätigen diese Aussage. Fritz Bon, Mitglied zahlreicher Verwaltungsräte, Korpskommandant Wille und der grosse alte Mann der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung, Heinrich Walther, haben neben anderen ebenfalls zugunsten der Audienz auf Pilet eingewirkt. Der Chefredaktor des Zürcher «Volksrechtes», Paul Meierhans, schrieb: «... als gar noch der Luzerner Odysseus [Heinrich Walther] darin keine Schlingen witterte, war das letzte mentale Hindernis [bei Pilet] beseitigt. Der Empfang konnte losgehen! Jetzt wird wohl auch verständlicher, warum, nachdem er sich des Einverständnisses hochgestellter Eidgenossen sicher wusste, Bundespräsident Pilet auch keine Bedenken mehr trug, die Öffentlichkeit über den Empfang orientieren zu lassen. Er glaubte sich der Zustimmung des Volkes gewiss»[52]. Nach der Auffassung von Paul Meierhans ist der zuerst einem Empfang der Frontisten abgeneigte Pilet geradezu ein Opfer von Fehlinformationen «hochgestellter Persönlichkeiten» der deutschen Schweiz geworden.

6. Pilet machte nach dem Kriege auch nachdrücklich auf die im September gefährlich verschlechterten Beziehungen der Schweiz zu den Achsenmächten aufmerksam. Ursache dafür waren die regelmässigen Überfliegungen der Schweiz durch britische Flugzeuge mit dem Ziele, Oberitalien zu

47 Brief Pilets an Pierre Béguin vom 22. 12. 50, Kopie in den Handakten Pilets, BA E 2809/1, Schachtel 4, teilweise abgedruckt BONJOUR 7, 217.

48 Brief des Bundesanwalts an den Armeeauditor vom 6. 8. 40, Standort s. Anm. 46.

49 Nachlass MEYER, Notizen von der Präsidentenkonferenz der eidg. Räte nach der Audienz.

50 Gleiches Aktenstück wie Anm. 45.

51 Standort s. Anm. 47.

52 Rote Revue, Zürich, Okt. 1940, 53.

bombardieren. Dass diese Besorgnis Pilets keine nachträgliche Konstruktion ist, zeigt z. B. sein Exposé vor der nationalrätlichen Vollmachtenkommission vom 11. und 12. September 1940[53]. Pilet fürchtete, dass die Achsenmächte lebenswichtige Zufuhren nach der Schweiz sperren könnten, um den Abbruch unserer Beziehungen zu Grossbritannien zu erzwingen. Nationalrat Markus Feldmann stand seinerseits unter dem Eindruck, England wolle die Schweiz in den Krieg gegen die Achsenmächte hineinmanövrieren[54]. Die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und Italien – und der Wunsch, über deren Absichten mehr zu erfahren – waren nach Pilets eigenen Angaben wesentliche Gründe, wieso er die Audienz doch noch gewährt hat.

Auch wenn wir die Audienz als einen Fehler betrachten, so wird Pilets Verhalten beim Studium der Quellen also viel verständlicher. Das von Meierhans erwähnte Communiqué spielte in der Angelegenheit eine verhängnisvolle Rolle. Die Reaktion auf den Frontistenempfang wäre nicht so heftig ausgefallen, vielleicht sogar ausgeblieben, wenn die schweizerische Bevölkerung nicht durch die anmassende und irreführende Mitteilung der NBS davon Kenntnis erhalten hätte. Geradezu provozierend wirkte die darin enthaltene Feststellung, dass die Unterredung den ersten Schritt zur Befriedung der politischen Verhältnisse in der Schweiz darstelle. Pilet hätte sich dieses Communiqué vor der Veröffentlichung vorlegen lassen müssen. Diese «Unterlassungssünde» ist nach den Ausführungen von Meierhans ebenfalls auf Fehlinformationen zurückzuführen.

Die Audienz hatte auch ihre positiven Folgen, die von Pilet aber nicht beabsichtigt waren. Sie war zu einem Zeitpunkt bekannt geworden, da die Desorientierung und Entmutigung, die der Zusammenbruch Frankreichs im Schweizervolke hervorgerufen hatte, wieder ziemlich überwunden war. Die heftige Reaktion auf die Audienz liess die Kraft der Widerstandsbewegung deutlich zutage treten und hat dadurch den Einzelnen wiederum in seiner Haltung bestärkt. Dass die romanische Schweiz etwas anders reagierte, darf natürlich nicht als Kapitulationsbereitschaft gewertet werden.

Von einer gewissen Bedeutung für die Beurteilung der Haltung Pilets ist die Frage, ob er an Hitlers Endsieg geglaubt habe. Die Äusserungen der Zeitgenossen widersprechen sich, sie könnten unter Umständen auch nicht desinteressiert sein, so dass aus methodischen Gründen wohl auf seine eigenen Zeugnisse abgestellt werden muss. Aus den ersten Wochen nach dem französischen Zusammenbruch besitzen wir drei von ihm verfasste Exposés zur internationalen Lage. Sie vermitteln insgesamt den Eindruck, dass für ihn der endgültige Sieger noch nicht feststand. Er machte aber die genau zutreffende Prognose, «dass Europa für die nächsten Jahre unter deutscher

53 BA E 1050/1.

54 Siehe Brief Anm. 47; Tagebuch von Markus Feldmann vom 3. 9. 40, Nachlass Feldmann BA F I 3.

Hegemonie steht und dass sich daraus eine Reihe von Konsequenzen ergeben, die wir nicht vermeiden können»[55]. Pilet hätte sich mit der Feststellung begnügen können, Europa stehe jetzt unter deutscher Vorherrschaft und dies habe Auswirkungen für unser Land. Er fügt aber ausdrücklich die einschränkende Bemerkung bei: «für die nächsten Jahre» und macht damit deutlich, dass er Zweifel hege, ob die Hegemonie des Dritten Reiches von längerer Dauer sein werde. Am 26. Juni wies er die Vollmachtenkommission des Nationalrates darauf hin, dass der Krieg in Europa weitergehe. Die internationale Situation sei daher «encore loin de pouvoir être considérée comme stable»[56].

In seinen Notizen für ein Exposé, das er am 3. Juli vor der nationalrätlichen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten hielt, steht ferner die einleitende Feststellung: «Situation très confuse sur certains points, malgré les apparences (Angleterre – Allemagne; Allemagne – Russie) – L'avenir est inconnu»[57]. Die Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion schien Pilet offenbar nicht unerschütterlich. – In seinen Beurteilungen der internationalen Lage vom Sommer 1940 hat er also den Endsieg der Achse nicht als feststehende Grösse eingesetzt. Im Gegenteil, seine Zweifel am dauerhaften Charakter ihres Sieges vom Sommer 1940 sind erkennbar.

Um die Haltung Pilets nach dem Zusammenbruch Frankreichs richtig zu werten, ist es ferner von Interesse abzuklären, ob seine Handlungsweise einer profaschistischen Gesinnung entsprach, wie manchmal vermutet wird, oder nicht.

Was die Audienz betrifft, stimmen die Quellen darin überein, dass er sich lange dagegen gesperrt hat. Dies blieb schon den Zeitgenossen nicht ganz verborgen. Wir verweisen nur auf den von uns zitierten Sozialdemokraten Paul Meierhans. Pilets langes Sträuben lässt vermuten, dass die Audienz nicht in profaschistischer Absicht gewährt wurde. Dabei stützt sich der Vorwurf profaschistischer Gesinnung vor allem auf den Empfang der Frontisten. Aber auch sein Verhalten in anderen Fragen spricht gegen eine nazifreundliche Denkweise: Bei den Fliegerzwischenfällen blieb er zuerst hart. Erst als sich die Machtverhältnisse in Europa fundamental und für die Schweiz gefährlich verändert hatten, lenkte er in geschickter Weise ein. Pilet hat sich auch mit dem gesamten Bundesrat anfangs Juli 1940 geweigert, die vom Armeekommando geforderte Vorzensur einzuführen[58]. Den Bestrebungen des Generals, mit Deutschland zu Vereinbarungen über kulturelle, soziale und politische Zusammenarbeit zu gelangen[59], stand er ebenfalls

55 Nachlass MEYER, Aktennotiz über eine Konferenz von Parteivertretern mit dem Bundesrat vom 29. 7. 40.

56 BA E 1050/1. 57 Handakten Pilet, BA E 2809/1, Schachtel 1.

58 BA Protokoll Bundesrat vom 2. 7. 40, Nr. 1132.

59 GAUYE, bes. 9 und 18f.

ablehnend gegenüber. In den Fragen, die mit der schweizerischen Neutralität zusammenhingen, verfolgte Pilet einen geraden und klaren Kurs. Er gab den Forderungen nicht nach, die Schweiz möge aus dem Völkerbund austreten oder als Folge der täglichen Überfliegungen unseres Landes im Herbst 1940 die diplomatischen Beziehungen zu Grossbritannien abbrechen, ja er war nicht einmal bereit zur weniger weitgehenden Massnahme, den Gesandten in London zurückzurufen. In all diesen Fragen, um die hinter den Kulissen gerungen wurde und von denen die Öffentlichkeit wenig erfuhr, hätte sich eine profaschistische Gesinnung Pilets doch einmal verraten müssen. Das war nicht der Fall, im Gegenteil, der objektive Beobachter muss den Eindruck gewinnen, dass Pilet zu jenen gehörte, die Widerstand zu leisten wussten. Am deutlichsten tritt das wohl in den schicksalhaften Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zutage, wo es wirklich um die Wurst ging. Einerseits stand die wirtschaftliche Existenz der Schweiz auf dem Spiele, anderseits musste es die Schweiz vermeiden, einfach in den Wirtschaftsraum der Achse eingegliedert zu werden und damit die Neutralität preiszugeben. Pilet hätte sich die Aufgabe leicht machen und einfach feststellen können, dass die Achsenmächte eine hermetische Wirtschaftsblokkade gegen England errichtet hätten und die Schweiz von diesen Mächten eingeschlossen sei, so dass nichts anderes übrigbleibe, als die Wirtschaftsbeziehungen zu Grossbritannien abzubrechen. Für diese Konzession wären wirtschaftliche Vorteile für unser Land einzuhandeln gewesen, und man hätte eine solche Haltung nicht einmal als profaschistisch bezeichnen können. Pilet tat dies nicht und verfocht in einer den Zeitgenossen fast aussichtslos erscheinenden Lage die schweizerische Neutralität. Edgar Bonjour schreibt dazu: «Nur die Nächsten ahnten, dass sich der Vorsteher des Politischen Departements vor vaterländischem Verantwortungsgefühl verzehrte, dass er in gefährlichen Situationen zähen Widerstand leisten konnte, so etwa gegen das brutale Wirtschaftsdiktat der sieggeschwellten Nationalsozialisten»[60]. Noch ein weiteres Indiz sei erwähnt, das gegen eine profaschistische Gesinnung Pilets spricht. Er hat sich zwar meistens eines Urteils über die politischen Systeme der Nachbarstaaten enthalten, machte jedoch mit Vichyfrankreich eine Ausnahme. Einen Tag nach dem Frontistenempfang beurteilte er das Regime von Vichy vor der Vollmachtenkommission des Nationalrates überraschend negativ und gab ihm keine Chance[61]. Ein «Profaschist» würde wohl anders geurteilt haben!

Ein weiterer wichtiger Hinweis zum Verständnis von Pilets Handeln ist sein mehrfach bezeugtes Streben nach Zeitgewinn. Vor der nationalrätlichen Vollmachtenkommission erklärte er am 11. September 1940 als Ziel der bundesrätlichen Aussenpolitik: «En attendant il faut durer. Voilà l'opinion du Conseil fédéral en politique extérieure: Durer. Tout faire pour maintenir

60 Bonjour 5, 447.
61 BA E 1050/1.

notre indépendance et liberté»[62]. Das Wort «durer» darf man wohl mit «überdauern» übersetzen. Auch Edgar Bonjour schreibt: «Pilets ganzes Trachten ging damals auf Zeitgewinn»[63]. Hätte Pilet die Schweiz an das Dritte Reich anpassen wollen, dann hätte er nicht nach Zeitgewinn gestrebt, sondern nach dem Motto handeln müssen: «Schmiede das Eisen, solange es warm ist!» Edgar Bonjour vertritt überhaupt die Ansicht, dass Pilet aus taktischen, nicht aus gesinnungsmässigen Motiven darnach getrachtet habe, die Beziehungen zu den Achsenmächten zu verbessern. Es scheine, dass seine Taktik nicht auf Eingebungen des Augenblickes beruhte, sondern nach allen Regeln der Kunst vorbedacht war[64]. Ein Ausspruch von Pilet selber liefert eine wichtige authentische Interpretationshilfe und bestätigt die hier angestellten Vermutungen. Wir meinen Pilets Bemerkung: «Si je ne peux pas être lion je veux au moins être renard!»[65]

Um Pilets Verhalten gerecht zu beurteilen, dürfte es unumgänglich sein, den Blick vom Einzelfall «Schweiz im Zweiten Weltkrieg» zu heben und mit weltgeschichtlichen Massstäben zu messen: Seit dem Altertum haben Machtverschiebungen unter den Grossstaaten die Kleinstaaten nicht unberührt gelassen, sondern zu Reaktionen genötigt. Müssen die Kleinstaaten ohnehin meistens zwischen den Grossstaaten lavieren und sich oft an einen von ihnen anschliessen, um wenigstens einen Teil ihrer Unabhängigkeit zu wahren, so wird ihre Situation besonders schlimm bei unerwartetem und radikalem Wechsel der Machtverhältnisse in ihrer grossstaatlichen Nachbarschaft, besonders, wenn ein übermächtig gewordener Staat eine expansive und aggressive Aussenpolitik betreibt. Wenn der Historiker daher dem Faktum begegnet, dass ein Kleinstaat zwischen den Grossstaaten laviert oder mit Konzessionen einen mächtigeren Nachbarn zu beschwichtigen sucht, so wird er sich darüber kaum verwundern, sondern eher eine Art «historisches Gesetz» bestätigt finden. Dies deutet auch Edgar Bonjour an, der im Zusammenhang mit Pilets Aussenpolitik schreibt: «Noch immer hat sich der Schwache auch mit Beschwichtigungsmassnahmen gegen den Starken gewehrt»[66].

Die Schweiz befand sich im Vergleich zu ähnlichen Fällen der Weltgeschichte im Sommer 1940 in einer besonders ungünstigen Lage. Staaten, die von einer Macht oder einer Mächtegruppe eingeschlossen wurden, konnten in den seltensten Fällen ihre Selbständigkeit retten. Mit der weltgeschichtlichen Erfahrung übereinstimmend, empfanden es viele Ausländer als ein Wunder, dass die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ihre Selbständigkeit behaupten konnte und dass sie nicht in den Krieg hineingezogen wurde.

Ein konkreter Vergleich der schweizerischen mit der schwedischen Aussenpolitik während des Zweiten Weltkrieges ist naheliegend. Schweden be-

62 Ibid. 63 Bonjour 5, 447. 64 Ibid. 5, 446.
65 Ibid. 5, 450. 66 Ibid. 5, 447.

sass allerdings gegenüber der Schweiz den Vorteil, dass es von den Achsenmächten nicht eingeschlossen war. Trotzdem machte seine Diplomatie dem Dritten Reich viel grössere und zudem substantielle Konzessionen. Sie hatte es z. B. einer voll bewaffneten und ausgerüsteten deutschen Division gestattet, über schwedisches Gebiet zu marschieren!

Ein Blick auf die Haltung anderer Länder in vergleichbaren Situationen verschafft uns also die richtigen Massstäbe, um die Haltung Pilets im Sommer 1940 und im Zweiten Weltkrieg überhaupt zu beurteilen. Diesem Fuchs ist es gelungen, mit erstaunlich wenig Konzessionen an die Achsenmächte durchzukommen! Als Zugeständnis kann sein und des Bundesrates Einlenken in der Frage der Fliegerzwischenfälle gelten, wobei es aber, wie wir gesehen haben, als ein Glück für die Schweiz bezeichnet werden kann, dass Pilet sich in dieser äusserst prekären Situation nicht auf die Rolle des Löwen versteifte.

Ein negatives Urteil über Pilet wird heute vielfach mit Äusserungen begründet, die dieser aufgrund deutscher Aufzeichnungen gemacht haben soll. Diese Gespräche sind nur durch die deutschen Akten überliefert. Leider fehlen auf schweizerischer Seite entsprechende Notizen, die eine Verifizierung oder Falsifizierung der deutschen Quellen erlauben würden. Daher sind in bezug auf die Berichte der deutschen Diplomaten die bekannten methodischen Reserven gegenüber Quellen dieser Art am Platze.

Seit kurzem besitzen wir nun eine wertvolle und interessante Zusammenstellung der deutschen Dokumente, die sich genau mit den von uns gestellten Fragen befasst und auf die wir daher näher eingehen müssen. Es handelt sich um Daniel Bourgeois' Arbeit über «L'image allemande de Pilet-Golaz, 1940–1944»[67]. Der Verfasser dieser Arbeit ist sich völlig klar über die vorhin erwähnte begrenzte Auswertbarkeit solcher Dokumente und erwähnt eingangs, dass er nicht den Ehrgeiz habe, zu rekonstruieren, was Pilet wirklich beschlossen, gedacht oder getan habe, sondern einfach das Bild zeichnen wolle, dass die Deutschen von ihm hatten. Wir dürfen dabei wohl mit Sicherheit annehmen, dass er alle vorhandenen Akten ausschöpfte und nicht etwa solche verschweigt, die Pilet belastet hätten.

Von den hier in Frage kommenden Dokumenten aus Sommer und Herbst 1940, die Bourgeois anführt, sind die meisten schon bekannt. Wichtig ist nun, dass die vorliegende Arbeit auch die Zeit vom Frontistenempfang im Herbst 1940 bis zum Rücktritt Pilets einschliesst und so eine Gesamtschau ermöglicht. Die aus diesem Zeitraum zitierten Dokumente sind vielfach noch nicht veröffentlicht und auch noch nicht ausgeschöpft worden. Sie vermögen das gängige Bild Pilets zu seinen Gunsten zu korrigieren. Er erscheint darin meist als Gegenspieler des deutschen Gesandten. Auch wenn unser Aussenminister dabei immer höflich blieb, so konnte er seine Forde-

67 In: «Studien und Quellen» des Bundesarchivs Nr. 4, Bern 1978.

rungen gegenüber dem Dritten Reich gelegentlich in geradezu ultimativer Form vortragen[68]. Trotzdem vermochte er sich das Vertrauen des deutschen Gesandten zu bewahren, von dem die meisten der hier vorgelegten Dokumente stammen. Die einzigen von Bourgeois angeführten Äusserungen von Ribbentrops zeigen hingegen ein ausgesprochenes Misstrauen gegenüber Pilet. Sie datieren vom Herbst 1943, als man sich in Deutschland und in der Schweiz mit den Möglichkeiten einer alliierten Invasion der Schweiz auf dem Luftwege beschäftigte. General Guisan hatte schon im März des gleichen Jahres den deutschen Spionagechef General Schellenberg zu überzeugen versucht, dass die Schweiz sich gegen einen Angriff der Alliierten unbedingt zur Wehr setzen werde, so dass die Deutschen die Möglichkeit einer präventiven Besetzung der Schweiz gar nicht in Betracht ziehen müssten. Guisan übersah dabei eine ihm von Schellenberg möglicherweise absichtlich gestellte Falle und bestritt, dass seinerzeit zwischen dem schweizerischen und französischen Generalstab Abmachungen über eine militärische Zusammenarbeit im Falle eines deutschen Angriffes auf die Schweiz getroffen worden seien[69]. Ribbentrop zog deshalb aus der Unterredung Guisan/Schellenberg ungewöhnlich weitreichende und für die Schweiz gefährliche Schlüsse. Er schrieb Köcher, die Unaufrichtigkeit des Generals habe in ihm generelle Zweifel an der neutralen Haltung der Schweizer geweckt, deren Beteuerungen, dass sie ihr Land gegen jeden Angriff verteidigen würden, er bisher Glauben geschenkt habe. Besonderes Misstrauen hegte Ribbentrop dabei gegenüber Pilet und bat Köcher, ihm einen Bericht über die Vertrauenswürdigkeit der schweizerischen Neutralitätsbeteuerungen vorzulegen[70]. Der deutsche Gesandte in Bern antwortete, er teile Ribbentrops Misstrauen gegen Guisan. Verantwortlich für die schweizerische Neutralitätspolitik sei aber Pilet-Golaz, für dessen Vertrauenswürdigkeit er sich unbedingt verbürgte[71]. Ist es überflüssig, in diesem Zusammenhang zu bemerken, das Vertrauen, das sich Pilet beim deutschen Gesandten zu erwerben vermochte, dürfe unserem Aussenminister nicht negativ angelastet werden, wie dies manchmal unbewusst oder unreflektiert geschieht? Anderseits muss man es General Guisan zugute halten, dass es auch für ihn nicht möglich war, den schweizerischen Widerstandswillen zu stärken und gleichzeitig den Deutschen gegenüber als vertrauenswürdiger Gesprächspartner aufzutreten.

Den Abschnitt über den Zeitraum vom Spätjahr 1940 bis ins Spätjahr 1942 beginnt Bourgeois mit Pilets dezidierter Begründung und Verteidigung des vom Bundesrat angeordneten Verbotes der Nationalen Bewegung der Schweiz in einer Unterredung vom 22. November 1940[72]. Pilet hat hier dem deutschen Gesandten klargemacht, dass sich politische Reformen in der Schweiz unter Ausschluss der Frontisten vollziehen müssten. Der Bericht

68 Ibid. 113. 69 Ibid. 111. 70 Ibid. 111f.
71 Ibid. 112. 72 Ibid. 88.

über die Unterredung Pilet/Köcher vom 22. November 1940 gehört in die Reihe der bisher der Geschichtsschreibung nicht bekannten oder doch nicht berücksichtigten wichtigen Dokumente, die uns Bourgeois vorzulegen vermag. Er zeigt, dass Pilet die heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf seinen Frontistenempfang doch akzeptiert und ihren Standpunkt vertreten hat. Jedenfalls hat er entsprechend gehandelt.

Im ganzen fördern die Dokumente aus dem Zeitraum zwischen dem Frontistenempfang und dem Rücktritt Pilets wie erwähnt ein günstigeres Bild von dessen Widerstandsbereitschaft zutage, als aufgrund der bekannten Quellen vom Sommer und Frühherbst 1940 zu erwarten war. Wenn man deutsche Dokumente sammeln will, die Pilet belasten, wird man sich also im wesentlichen auf diesen Zeitraum beschränken müssen. Und hier nun ergeben sich aufgrund der von Bourgeois vorgelegten Quellen einige Schlussfolgerungen:

Erstens enthält keines dieser Dokumente irgendeinen Hinweis auf eine eventuelle Kapitulationsanfälligkeit Pilets. Zweifel in dieser Hinsicht waren ja seit dem Sommer 1940 in der schweizerischen Bevölkerung weitverbreitet, und Pilet hat mit seinem Frontistenempfang entscheidend dazu beigetragen, dass sie sich festigten. Sie beeinflussen auch heute noch sehr stark das Bild, das sich die Historiker und vor allem auch die Öffentlichkeit von ihm machen. Der eindeutig negative Befund, der sich aus den hierfür massgeblichen deutschen Akten ergibt, sollte im Sinne der historischen Gerechtigkeit zur Kenntnis genommen werden.

Zweitens findet sich in den deutschen Akten auch kein Hinweis, dass Pilet zu einem substanziellen Entgegenkommen gegenüber dem Dritten Reich bereit gewesen wäre, mit Ausnahme des bekannten Entgegenkommens in der Frage der Fliegerzwischenfälle.

Es bleibt noch die Frage zu klären, wieweit Pilet sich anpasserisch geäussert habe. Hier können wir die Feststellung nicht umgehen, dass Bourgeois einige schwerverständliche Fehlinterpretationen zu Lasten Pilets unterlaufen. Dafür sei nur ein Beleg genannt. Als Beweis für den Willen Pilets, mit dem neuen faschistischen Europa zusammenzuarbeiten, führt Bourgeois folgende Stelle aus einem Bericht des deutschen Gesandten an: «Bei meiner heutigen Besprechung mit Bundespräsident Pilet-Golaz meinte dieser, dass er kein Mitgefühl mit den Franzosen in ihrer jetzigen Situation habe, weil sie sie selbst verschuldet hätten»[73]. Hier ist doch überhaupt nicht von einer Einordnung in das neue Europa die Rede! Pilets Urteil ist übrigens mit der Zeit von weiten Kreisen der schweizerischen Bevölkerung geteilt worden, was nach der Meinung des «Büros der Psychologen» zur Belebung des Widerstandswillens beigetragen hat. Wenn wir nämlich zum Kern der zitierten Äusserung Pilets vorstossen, so hielt dieser fest, dass die Niederlage der

73 Ibid. 77.

Franzosen auf deren Schwäche und Fehler zurückzuführen sei und folglich, ohne dass dies ausdrücklich gesagt zu werden brauchte, nicht auf die Stärke der Deutschen.

Nach der kritischen Bemerkung zu den Interpretationen Bourgeois' muss aber sogleich festgehalten werden, dass dessen abschliessendes Urteil über die Haltung Pilets im Sommer 1940 sehr abgewogen und unseres Erachtens zutreffend ist. Er schreibt: «Des documents de l'été et de l'automne 1940, c'est donc plus une impression générale de bonne volonté de Pilet-Golaz envers le Reich qui se dégage qu'un programme de collaboration bien précis»[74].

Am ehesten im Sinne einer Anpassungsneigung könnte der Bericht Köchers vom 1. Juli gedeutet werden – wir glauben, dass uns Bourgeois hier beipflichten würde. Mit gutem Einfühlungsvermögen in die Gedanken- und Gefühlswelt seines Gesprächspartners sucht Pilet Verständnis zu wecken für die Haltung der Schweizer in Vergangenheit und Gegenwart. Er meinte dazu abschliessend: «Man müsse begreifen, dass angesichts dieser Sachlage es dem einzelnen Schweizer schwerfalle, sich in die neue Lage zu finden, zumal er mit seiner bodenständigen Weltauffassung Charakter genug besässe, um einzusehen, dass eine allzu plötzliche Umstellung auch ihre moralischen Bedenken habe.» Dann folgen die beiden uns hier besonders interessierenden Sätze: «Die Schweiz werde sich mit der neuen Lage, aber auch mit den neuen europäischen Ideen vertraut machen und im neuen Europa ein Faktor der Stabilität und der Treue zu sich selbst bleiben. Deutschland habe es leicht, den Weg zu den Herzen der Schweizer zu finden und sie zu gewinnen, wenn es in der Stunde seines Sieges Verständnis für ein Volk zeige, dessen freudige Mitarbeit in Zukunft von Wert sein könnte»[75].

Die vorsichtige Formulierung im ersten Satz, «die Schweiz werde sich mit den neuen europäischen Ideen vertraut machen», bedeutet wohl eher, dass man diese Ideen unvoreingenommen prüfen wolle als eine von vorneherein gegebene Zusicherung, man werde diese Ideen übernehmen. Die Feststellung, «die Schweiz werde im neuen Europa ein Faktor der Stabilität und der Treue zu sich selber bleiben», ist mehr als bloss nicht-anpasserisch, sie ist antianpasserisch, und man kann nur bedauern, dass dieses Bekenntnis nicht schon in die Rede vom 25. Juni eingebaut wurde. Zum Verständnis des zweiten Satzes muss man sich vor Augen halten, dass gerade damals das Dritte Reich den Versuch gestartet hatte, die Schweiz durch Drohungen (Fliegerzwischenfälle) und Erpressungen (Unterbindung der Kohlenzufuhr) in die Knie zu zwingen und dass die angeführten Bemerkungen Pilets im Anschluss an eine Erörterung der Fliegerzwischenfälle und vor deren Erledigung gemacht wurden. Unseres Erachtens suchte er seinen Gesprächspartner hier zu überzeugen, wieviel leichter und erfolgversprechender es wäre,

74 Ibid. 120. 75 Ibid. 79.

wenn Deutschland den Weg des «Verständnisses» für die Schweiz einschlagen würde, statt sie zu erpressen. Es sei auch noch festgehalten, dass Pilet-Golaz hier erst für die Zukunft und nur im Konjunktiv von einer allfälligen «Mitarbeit» der Schweiz spricht.

Der Gesamteindruck, den die deutschen Dokumente aus dem Sommer und Herbst 1940 vermitteln, lässt Zweifel offen, ob man die Haltung Pilets auch nur als «anpassungsbereit» bezeichnen könne. Auch Bourgeois geht in seinem zitierten abschliessenden Urteil nicht so weit.

Gehört es schon zu Friedenszeiten zu den selbstverständlichen Aufgaben eines Aussenministers, ein gutes Verhältnis zu den auswärtigen Gesandten anzustreben, da sich viele Fragen, auch Differenzen, dann leichter regeln lassen, so war es in einer derart gefahrvollen und heiklen Situation, wie sie die Schweiz seit der Einschliessung durch die Achsenmächte durchlebte, für das Land unter Umständen lebenswichtig, eine vertrauensvolle Beziehung zum Vertreter eines übermächtigen Nachbarstaates herzustellen. Pilet ist dies, wie die deutschen Dokumente zeigen, im wesentlichen mit Hilfe guter Worte gelungen. Es hiesse doch wohl, seine Aufgabe und die Situation, in welcher sich die Schweiz befand, gründlich verkennen, wollte man ihm diese Leistung zur Last legen. Sehr nachteilig für unser Land wäre es allerdings gewesen, wenn die Deutschen seine Haltung als schlaue, unaufrichtige Taktik eingeschätzt hätten. Aussenminister von Ribbentrop, wie auch schweizerische Germanophile, witterten in Pilet allerdings den Fuchs, der deutsche Gesandte hat ihn dann, wie wir gesehen haben, beschwichtigt[76].

Pilets geschmeidige, auf Zeitgewinn arbeitende und vor verbalen Zugeständnissen nicht zurückschreckende Politik war, wie Edgar Bonjour mit Recht bemerkt, nicht dazu angetan, ihn volkstümlich zu machen[77]. Schon im Sommer und Frühherbst 1940 irritierte er die öffentliche Meinung der Schweiz, vor allem mit dem sehr ungeschickten und verfehlten Empfang der Frontisten. Später wurde er zum klassischen Fall eines Sündenbockes. Dies deuten auch Autoren an, die Pilet sehr kritisch beurteilen. Edgar Bonjour schreibt: «So hat er sich als kühler politischer Spekulant im Elfenbeinturm, sogar als hinterhältiger, kollaborationsbereiter Staatsmann, der dem Bundesrat die Richtung aufzwinge, dem Gedächtnis der Menschen eingeprägt. Man schob ihm die schwärzesten Pläne unter in einer Zeit, da Scham über die eigene Fügsamkeit und Hass gegen die Erpressungsversuche Hitlers mit der Angst vor einem deutschen Überfall wechselten»[78]. Der Pilet ebenfalls kritisch beurteilende Daniel Bourgeois hält seinerseits deutlich fest: Pilet-Golaz «fait figure de bouc émissaire (Sündenbock) sur lequel les Suisses projettent leur mauvaise conscience»[79].

Natürlich war es unvermeidlich, dass Pilet als Aussenminister abtreten musste, sobald die Alliierten und die Russen das entscheidende Überge-

76 Siehe S. 385. 77 BONJOUR 5, 447. 78 Ibid. 5, 441.
79 Alliance culturelle romande, Genf, Nov. 1977, 12.

wicht erlangt und den eisernen Ring der Achsenmächte um die Schweiz gesprengt hatten. Er hatte sich verbraucht in der Zeit, da dieser eiserne Ring unser Land zu ersticken drohte. Jetzt musste im Interesse des Landes ein neuer, unbelasteter Mann an seine Stelle treten. Pilet war sich darüber völlig im klaren und sah voraus, dass er geopfert werden würde[80], aber bis zu seinem Tode verliess ihn die Überzeugung nicht, dass ihn die Geschichtsschreibung dereinst gerecht beurteilen werde.

Zum Schluss möchten wir nochmals auf die Einleitung und die dort aufgestellten Kriterien zurückkommen. Entscheidend für die Beurteilung Pilets ist es demnach, ob wir bei der eindimensionalen Betrachtungsweise «Anpassung oder Widerstand» bleiben, wie sie seit dem Kriege üblich war, oder ob wir die komplexe, mehrdimensionale Wirklichkeit in Betracht ziehen. Wenn wir erkennen, dass die Verteidigung der wirtschaftlichen Existenz unseres Landes eine erstrangige Aufgabe war, weil ohne sie die geistig-seelische Widerstandskraft des Volkes nicht erhalten werden konnte, und wenn wir einsehen, dass die strategische Situation der Schweiz nach ihrer Einkreisung durch die Achsenmächte bis zur Verteidigungsbereitschaft des Réduits verzweifelt schlecht war, so dass der Krieg um jeden zumutbaren Preis vermieden werden musste, ergibt sich eine Revision des Urteils über Pilet von selber. Eine nach diesen Kriterien und vorurteilslos vorgenommene Untersuchung und Beurteilung der Quellen muss zu einer wesentlichen Korrektur des weitverbreiteten negativen Pilet-Bildes führen.

80 REYNOLD GONZAGUE DE, *Mémoires*, 3. Bd., Genf 1963, 669.

Das gestörte Verhältnis der Bevölkerung zur Landesregierung

Vorbemerkung des Verfassers: Dieser Abschnitt, der eine Zusammenfassung und Ergänzung bringt, ist ursprünglich geschrieben worden als vierte Folge der Artikelserie über die Stimmungen und Meinungen der schweizerischen Bevölkerung unter dem Einfluss des französischen Zusammenbruchs, die in der NZZ erschien. Die ersten drei Teile wurden am 2., 17. und 25. Mai publiziert. Die NZZ lehnte diesen letzten Teil ab, weil er die Bevölkerung zu kritisch und den Bundesrat zu günstig beurteile und weil der Fall Pilet hineingenommen wurde. Es liegt mir nun völlig fern, gegen die NZZ zu polemisieren. Eine Zeitung kann wählen, welche Artikel sie bringen will. Wie der zuständige Redaktor mir gegenüber ausdrücklich festhielt, hat Rücksichtnahme auf die Meinung der Leserschaft bei der Ablehnung der vierten Folge keine Rolle gespielt. Ohne dies in Zweifel zu ziehen, muss ich doch darauf hinweisen, dass nach meinen eindrücklichen Erfahrungen mancher Zeitungsleser vermutlich durch die hier angefügte vierte Folge verärgert worden wäre. Ich habe immer wieder erlebt, dass Argumente zugunsten der Politik des Bundesrates oder gar Pilet-Golaz' nicht nur nicht angehört werden wollen, nicht nur deutliche Verstimmung hervorrufen, sondern dass manchmal auch die Auffassung des Gesprächspartners spürbar wird, solche Argumente sollten eigentlich im Keim erstickt werden. Es geht mir darum, auf dieses Verhalten hinzuweisen. Der NZZ bleibe ich dankbar, dass sie die ersten drei Artikel meiner Folge – in grosser Aufmachung – gebracht hat. Die Schlussbemerkungen sind für die SZG neuverfasst worden. Für die NZZ war beabsichtigt, sie wegzulassen oder im Einverständnis zwischen Redaktion und Autor abzufassen.

Die missglückte bundesrätliche Ansprache vom 25. Juni

Es liegt nahe, eine Untersuchung über das Verhältnis der schweizerischen Bevölkerung zum Bundesrat unter den Einwirkungen der französischen Niederlage mit der bundesrätlichen Ansprache vom 25. Juni beginnen zu lassen, auf die Bundespräsident Pilet massgeblichen Einfluss hatte. Das «Büro der Psychologen» im Armeestab, das den Bundesrat wöchentlich über die Stimmung der Bevölkerung zu informieren hatte, machte die Landesregierung, wie viele andere es auch taten, darauf aufmerksam, wie gross das Bedürfnis nach Führung und «Direktiven» in der Bevölkerung sei. Man sehe zwar ein, dass eine Klärung zur Zeit noch gar nicht möglich sei. «Und doch sollte hier unbedingt etwas unternommen werden.» Unmittelbar nach der Rede schrieb Karl Weber vom «Büro der Psychologen»: «Die bundesrätlichen Erklärungen vom 25. Juni haben zutreffend zu erkennen gegeben, dass die heutige Situation, die ja das Ergebnis von ausländischen Tatsachen ist, nicht mit Worten gemeistert werden kann. Die Therapie kann offenbar nur in schweizerischen Tatsachen gefunden werden.» Unter den vielen Äusserungen anderer aus der ersten Zeit nach der französischen Niederlage konnten

wir denn auch keine Stimme ausfindig machen, der bereits das klärende Wort gelungen wäre.

Eine einlässliche Lektüre der Schweizer Presse zeigt, wie sehr viele Elemente der Rede, die heute nicht leicht verständlich sind, der damaligen Zeitstimmung entsprachen. Zum Beispiel stand der Bundesrat, wie die Bevölkerung, unter dem Eindruck, die Schweiz gehe schweren und gefährlichen wirtschaftlichen Notzeiten entgegen. Wichtigste konkrete Aussage der Rede war daher das Versprechen, um jeden Preis Arbeit zu beschaffen. «Zur Erreichung dieses Ergebnisses – das für die Rettung des Landes von kapitaler Bedeutung ist –», heisst es in der Rede, «werden wichtige Entscheidungen nötig sein», über die man nicht lange diskutieren könne. Der Bundesrat deutet an, dass er dann von den fast diktatorialen Befugnissen, die ihm die Vollmachten für den Notfall einräumten, in vermehrtem Masse als bisher werde Gebrauch machen müssen. Pilet teilte offensichtlich auch die weitverbreiteten Befürchtungen, die Widerstandskräfte der Bevölkerung könnten den kommenden Entbehrungen nicht standhalten, wenn nicht eine geistig-seelische Neuorientierung erfolge. Seine Aufforderung zur «inneren Wiedergeburt» und vor allem die dazu gegebenen Erläuterungen verfolgen deutlich diese Linie.

Die bundesrätliche Rede wurde zweifellos über die Köpfe breiter Schichten der Bevölkerung hinweggesprochen. Ihr rhetorischer Stil musste vor allem die deutschschweizerischen Zuhörer befremden. Allerdings verstand man überall das pathetische Versprechen des Bundesrates, das geradezu ein «Recht auf Arbeit» verkündete. Ernst von Schenk vom «Büro der Psychologen» im Armeestab hatte umfassende Informationen eingezogen, wie die Bevölkerung auf die Rede reagiert habe, und schreibt von der Arbeiterschaft: «So weit sie rein gewerkschaftlich denkt, stimmte sie der ganzen Rede zu und hörte im Grunde doch nur das Versprechen auf Arbeit.» Der politisch engagierte Teil der Arbeiter kritisierte daneben aber gewisse autoritäre Tendenzen, die in der Rede mitschwangen. Anderseits soll jedoch gerade die Forderung nach einer Stärkung der Regierung viel Zustimmung ausgelöst haben, so z. B. bei der Mehrheit der Katholisch-Konservativen und bei den Bauern. In der Innerschweiz sei man gar nicht auf den Gedanken gekommen, die Rede kritisieren zu müssen. Im allgemeinen sei die Ansprache bei der Truppe besser als bei der Zivilbevölkerung, von der jüngeren Generation günstiger als von den älteren Jahrgängen aufgenommen worden.

Neben den autoritären Neigungen beanstandeten die Kritiker auch einige Wendungen der Rede und vor allem deren Unklarheit. Im Bericht vom 7. Juli, den Wilhelm Keller für das «Büro der Psychologen» verfasst hatte, heisst es, der Rede werde «in zunehmendem Masse ein Mangel an Klarheit und ein Fehlen von entschiedenen konkreten Zielsetzungen» vorgeworfen. Die ablehnende Haltung habe sich wesentlich verstärkt, «und zwar mehr in der Form eines allgemeinen Malaises als aufgrund kritischer Argumente».

Zweifel tauchten auf, ob die Ansprache nicht im Sinne einer politischen Anpassungsbereitschaft interpretiert werden müsse. Die Variante, gewisse Wendungen der Rede seien nicht unklar und mehrdeutig, sondern eindeutig und im Sinne der Anpassungsbereitschaft auszulegen, kam später auf, vor allem unter dem Eindruck des Frontistenempfanges.

Zum Verständnis der Rede sei nur noch beigefügt, dass Pilet zu jenem Zeitpunkt unter schwerstem aussenpolitischen Druck stand, auf den wir unten zurückkommen werden. Es liegt auf der Hand, dass er sich dadurch zu äusserst vorsichtigen Formulierungen bestimmen liess. Innenpolitisch muss aber von einer überwiegend negativen Wirkung der Rede gesprochen werden. Noch andere wichtige Ursachen und Kräfte wirkten darauf hin, die Zweifel an der Haltung des Bundesrates zu verstärken:

Eigener Defaitismus wird auf den Bundesrat abgewälzt

Von Schenk, der über ein feines Gespür für kommende Entwicklungen verfügte, sagte dem Bundesrat nach der Kapitulation Frankreichs voraus, er gehe bösen Zeiten entgegen, denn er werde als Zielscheibe für viele Ressentiments herhalten müssen, und schrieb gedankenvoll: «Es wäre schon katastrophal genug, wenn die besten eidgenössischen Kräfte und Stimmungselemente ohne eigentlichen Anschluss an die Diktaturen bloss obstruierend gegen ‹Bern› wirken würden.»

Gefördert durch die unklare Ansprache vom 25. Juni kamen Zweifel an der Haltung des Bundesrates auf. Immer von neuem registrierte das «Büro der Psychologen» im Armeestab auch, dass defaitistisch Gesinnte sich innerlich entlasteten, indem sie den Bundesrat des Defaitismus bezichtigten und somit als Sündenbock benützten. In seinem Bericht vom 7. Juli notierte Keller, dies sei «in grossem Masse» der Fall. Und eine Woche später bemerkte von Schenk z. B., der Defaitismus werde «oft mit geradezu unverschämten Verdächtigungen gegen die nationale Zuverlässigkeit des Bundesrates und der führenden Schichten von sich selbst abgewälzt». Auch «patriotisch-kämpferische Leute» würden aber von solchen Zweifeln erfasst. Der Bundespräsident rückte dabei immer mehr ins Zentrum des Misstrauens. Pilet seinerseits beklagte den Defaitismus, «der aus dem Volke zu ihm dringe».

Bei der erwähnten psychischen Disposition der Bevölkerung dürfte es nicht erstaunen, dass den vielen Gerüchten über Willfährigkeit des Bundesrates gegenüber dem Dritten Reich, mochten sie noch so abenteuerlich sein und geradezu von Verrat sprechen, Glauben geschenkt wurde. Es muss ihnen eine gewisse Suggestivkraft eigen gewesen sein. Auch von Schenk ist ihnen vermutlich schliesslich erlegen.

Der psychische Mechanismus, eigene Schwächeanfälle auf den Bundesrat zu projizieren und ihn damit zum Sündenbock zu wählen, wird bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar. Der Abschluss eines Wirtschaftsabkommens mit Deutschland zum Beispiel, ohne dass die von sehr vielen als unabwendbar empfundenen politischen Konzessionen gemacht werden mussten, schuf neues Vertrauen in die bundesrätliche Führung. Als nach sehr kurzer Zeit die Besorgnisse wieder die Oberhand gewannen, die Achsenmächte könnten den Umstand, dass die Schweiz ihnen wirtschaftlich «auf Gnade und Ungnade» ausgeliefert sei, eben doch für politische Erpressungen ausnützen, war auch das alte Misstrauen in den Bundesrat wieder da.

Ferner habe man sich die angekündigte Teildemobilisation, dem eigenen Wunschdenken folgend, zahlenmässig bedeutender vorgestellt, als es die verantwortlichen Bundesinstanzen beabsichtigten. Da man aber spürte, dass dies die Schweiz in gefährlicher Weise schwächen würde, sei dem Bundesrat vorgeworfen worden, er habe den Gedanken an Widerstand bereits aufgegeben. Als ihrem Drängen, «endlich einmal nach Hause zu kommen», nachgegeben und die Auszüger der vierten und sechsten Division entlassen wurden, meldeten sich bei den meisten doch einige Gewissensbisse. Dann hätten sie den Spiess aber umgedreht und Pilet beschuldigt, er habe deutschem Druck nachgebend den Rückzug ins Réduit angeordnet und damit weite Gebiete des Landes dem Feind ausgeliefert. Gegen ihn herrsche eine «geradezu revoltehafte» Stimmung, und er werde «teils direkt mit der Bezeichnung Verräter verächtlich gemacht».

Die nationalsozialistische Propaganda sät Misstrauen gegen den Bundesrat

Das «Büro der Psychologen» im Armeestab war überzeugt, dass die nationalsozialistische und die linkssozialistisch-kommunistische Propaganda systematisch darauf hinarbeiteten, das Vertrauen des Volkes in die schweizerischen Behörden zu untergraben. Die psychische Verfassung der Bevölkerung kam ihnen dabei entgegen, und diese günstige Gelegenheit, die schweizerische Widerstandsbereitschaft zu lähmen, durften sie sich nicht entgehen lassen.

In einem Falle vermutete das «Büro der Psychologen», der nationalsozialistischen Propaganda auf die Schliche gekommen zu sein. Unmittelbar nach dem Rütlirapport gingen Wellen von Gerüchten über das ganze Land. Zuerst sei jeweils von deutschem Drucke in einer bestimmten Frage die Rede gewesen, worauf stets das Gerücht auf dem Fusse gefolgt sei, der Bundesrat habe bereits nachgegeben. Keller und von Schenk schrieben in ihrem Wochenbericht vom 4. August dazu: «Die rapide, allseitig vordringende Verbreitung dieser Gerüchte sowie deren jeweils ausserordentlich prägnante

inhaltliche Details veranlassten die Berichterstatter zur Vermutung, es handle sich hierbei möglicherweise um einen systematischen ausländischen Beunruhigungsfeldzug.»

Der verfehlte Frontistenempfang vom 10. September

Dann tat Pilez-Golaz etwas schwer Verständliches und rannte dabei seinen vielen Feinden ins offene Messer: Er empfing am 10. September den nationalsozialistisch gesinnten Schweizer Schriftsteller Jakob Schaffner. Dieser hatte kurz vorher in der deutschen Zeitung «Das Reich» einen Artikel veröffentlicht, der von der Schweizer Presse günstig aufgenommen worden war, weil er das Recht der Schweiz auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit verteidigte. Ihn zu empfangen, war Pilet vom Gesamtbundesrat ermächtigt worden. Er hatte Schaffner aber auch erlaubt, zwei Freunde mitzunehmen. Dieser erschien dann mit den neofrontistischen Führern Ernst Hofmann und Max Leo Keller beim Bundespräsidenten.

Allein schon die Tatsache dieses Empfanges musste weite Kreise der Öffentlichkeit sehr beunruhigen. Das anmassende Communiqué der Neofrontisten, worin gesagt wurde, mit der Audienz sei die politische Befriedung der Schweiz eingeleitet worden, liess die Empörung zum Sturm anwachsen. Von ihm wurde allerdings nur die deutsche Schweiz erfasst, und auch hier empfanden die Katholisch-Konservativen und Bauern, wie ihre Presse zeigt, die Reaktion auf den Frontistenempfang als übertrieben.

Die Audienz war meines Erachtens unbestreitbar ein Fehler. Je tiefer man sich aber in die Akten einarbeitet, desto mehr mildernde Umstände werden sichtbar. Einzelne davon seien hier erwähnt: Pilet hat sich von Juni bis anfangs September geweigert, dem Begehren der Neofrontisten um eine Audienz nachzugeben, die ihm schrieben, sie hätten ihm äusserst wichtige Informationen zu liefern. Er, der die Stimmung in der deutschen Schweiz nicht kannte, wurde dann aber von einer Reihe Deutschschweizer beeinflusst, seinen Widerstand gegen die Audienz aufzugeben. Paul Meierhans, der Chefredaktor des «Volksrechts», gelangte zur Überzeugung, Pilet sei das Opfer von Fehlinformationen geworden. Auch der Bundesanwalt empfahl ihm den Empfang. Hofmann und Keller waren übrigens verhaftet, verhört, und ihr Haus durchsucht worden. Wie Pilet zu seiner Rechtfertigung unter anderem ausführte, stand zum Zeitpunkt der Audienz bereits fest, dass die Untersuchung in beiden Fällen ergebnislos verlaufen war.

Das schon vorher fast allgemein gewordene Misstrauen in Bundesrat Pilet schien nun aber nach der «Audienz» vollauf gerechtfertigt, und er vermochte das Vertrauen nie mehr zurückzugewinnen.

Die unlauteren Quellen, aus denen der Verdacht gegen die Bundesräte jedenfalls zum Teil gespeist wurde, verbieten den naheliegenden Schluss, das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Landesregierung oder einzelne ihrer Mitglieder müsse berechtigt gewesen sein, weil es so allgemein verbreitet war. Bei dieser Sachlage möchte man gerne einen Blick hinter die Kulissen des Bundeshauses werfen und wissen, wie der Bundesrat im kritischen Sommer 1940 wirklich gedacht und gehandelt hat. Darüber geben vor allem die Quellen des Bundesarchivs Auskunft. Seit einiger Zeit ist bekannt, dass der Bundesrat nach dem Studium der Akten im Verhältnis zum General wesentlich günstiger abschneidet, als man anzunehmen geneigt war. Man wird aber im Urteil über General Guisan sehr behutsam sein müssen und, wenn seine Haltung auch eine gewisse Enttäuschung bereiten könnte, darob seine grossen und bleibenden Verdienste nicht vergessen dürfen.

Aus den Akten wird ersichtlich, dass der Bundesrat bei Meinungsverschiedenheiten mit dem General meist eine Linie des Widerstandes verfolgte. So weiss man z. B., dass der General die schweizerische Presse immer wieder kritisierte, weil sie nach seiner Auffassung gegenüber den Achsenmächten zuwenig neutral sei, und vom Bundesrat wiederholt und vor allem nach dem Zusammenbruch Frankreichs die Einführung der Vorzensur forderte. Der Bundesrat lehnte dies am 2. Juli ab und schrieb dem General, nach seiner Auffassung habe sich die Presse nicht schlecht gehalten. Zu den entschiedenen Gegnern der Vorzensur gehörte gerade auch Bundespräsident Pilet.

Der General forderte auch in zwei Briefen an die Bundesräte Minger und Pilet Verhandlungen mit dem Dritten Reich, um eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft, Kultur und Presse einzuleiten. Der Bundesrat trat gar nicht darauf ein. Der Verfasser ist überzeugt, dass der General nicht alle Konsequenzen seiner Forderungen überblickte.

Ferner neigte Guisan nach der Kapitulation Frankreichs zur Ansicht, die Weisungen, die ihm der Bundesrat am 31. August 1939 erteilt hatte, sollten geändert werden. Er dachte dabei an Ziffer 2 über die Neutralität und glaubte, dass in Ziffer 5 bemerkt werden könnte, eine Zusammenarbeit mit einem Verbündeten im Falle eines Angriffes auf die Schweiz käme kaum mehr in Frage. Wir haben guten Grund zur Annahme, dass auch in diesem Falle nicht Verzagtheit das Motiv war. Der Bundesrat machte dann alles klar und schrieb dem General, an seinen Instruktionen werde auch nach den neuesten Ereignissen nichts geändert. Mit Ausnahme der Änderungen, die der General an seinen Instruktionen wünschte, sind die hier skizzierten Forschungsergebnisse bekannt. Es fällt nun auf, dass man in der Folge zwar das aus der Kriegszeit überlieferte, sehr positive Bild des Generals etwas korrigiert hat, aber kaum die gleichzeitig nötig gewordenen Retouchen an

der altvertrauten Vorstellung vom verzagten und kapitulationsbereiten Bundesrat vornahm. Das ist psychologisch verständlich, denn an Sündenböcken hält der Mensch wenn immer möglich fest. Ihnen gegenüber ein Unrecht einzugestehen, ist ja verbunden mit dem unbewusst empfundenen Eingeständnis eigener Schwächen. Es gab allerdings auch Zeitgenossen, die den Bundesrat aus nächster Nähe beobachten konnten und schon im Jahre 1940 dem allgemeinen Misstrauen gegen ihn entgegentraten. Besonders deutlich taten dies die beiden sozialdemokratischen Führer Max Weber und Ernst Nobs, die in der Presse bezeugten, dass der Bundesrat zum Widerstand entschlossen sei.

Der Bundesrat hatte nach der französischen Kapitulation aussenpolitische Entscheide von ungewöhnlicher Tragweite zu treffen, die von Bundespräsident Pilet vorbereitet werden mussten. Die Einkreisung durch die Achsenmächte hatte die Schweiz in die schwierigste strategische Lage ihrer Geschichte gebracht. Ihre aussenpolitische Situation hatte sich in der zweiten Hälfte des Monats Juni zudem, ohne dass die Bevölkerung dies ahnte, dramatisch verschlechtert. Das Dritte Reich hatte nicht nur seinen Erpressungsversuch mit dem Stop der Kohlenlieferungen eingeleitet, sondern als Folge der Kämpfe zwischen deutschen und schweizerischen Fliegern hatte es eine scharfe Note an die Schweiz gerichtet, die eine dunkle Kriegsdrohung enthielt. Unser Aussenminister stand zweifellos vor einer der schwersten Entscheidungen, die ein schweizerischer Staatsmann jemals treffen musste. Bundesrat Obrecht war damals bereits todkrank und konnte dem Volkswirtschaftsdepartement nicht mehr vorstehen. Bundespräsident Pilet gab aber schon am 26. Juni der Vollmachtenkommission des Nationalrates seine Parole bekannt, die Schweiz dürfe keinen wirtschaftlichen Erpressungen nachgeben. Um dies möglich zu machen, musste der schwere Konflikt wegen der Fliegerkämpfe beigelegt werden. Pilet, der auch in dieser Frage bisher einen harten Kurs verfolgt hatte, bestimmte den Bundesrat zu einer Note, in welcher er an seinem bisherigen Standpunkt zwar festhielt und eine schweizerische Schuld an den Fliegerkämpfen nach wie vor von sich wies, aber den Deutschen doch so weit entgegenkam, dass dieser Zwischenfall erledigt werden konnte. Man hätte wohl kaum anders entscheiden können. Nach Äusserungen von General Guisan, an denen nicht gezweifelt werden kann, hatten schweizerische Flieger tatsächlich kampflustig die Grenze überflogen, um die deutsche Luftwaffe über französischem Territorium anzugreifen. Die deutschen Akten zu dieser Affäre vermitteln den Eindruck, dass Hitler sehr wahrscheinlich kaum nachgegeben hätte, falls Pilet seinen harten Kurs weiterverfolgt haben würde. Trotzdem ist Pilets Einlenken von der Geschichtsschreibung als Schwäche beurteilt worden. Es ist übrigens der einzige seiner wichtigen aussenpolitischen Entscheide aus dem gefährlichen Sommer 1940, den sie kritisiert.

Pilet hatte den deutschen Gesandten gebeten, den Notenwechsel zur Flie-

geraffäre nicht zu veröffentlichen, und Köcher entsprach seinem Wunsch. Völlig ungerührt hat aber die nationalsozialistische Propaganda, wie das «Büro der Psychologen» im Armeestab vermutet, gerade die Erledigung dieser Affäre dazu ausgenützt, um unter der Hand das Misstrauen gegen Pilet zu schüren.

In diesem Zusammenhang wäre noch die Haltung Pilets zu den Überfliegungen der Schweiz durch britische Bomber zu erwähnen. Man kann etwa die irrtümliche Auffassung hören, nachdem alle Proteste nichts genützt hätten, habe Pilet die diplomatischen Beziehungen zu England abbrechen wollen. Das Protokoll der nationalrätlichen Vollmachtenkommission vom 11. September zeigt aber, dass er nicht dazu bereit war. Er hat nicht einmal die weit weniger scharfe Massnahme einer Rückberufung des schweizerischen Gesandten in London angeordnet.

Wenn wir auf die Protokolle parlamentarischer Kommissionen und handschriftliche Konzepte Pilets abstellen, dann hat dieser im Sommer 1940 bei seiner Beurteilung der internationalen Lage den Endsieg der Achse nicht als feststehende Grösse eingesetzt.

Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, was die deutschen Akten aus der ganzen Kriegszeit über die Haltung Pilets aussagen. Es ist darin jedenfalls keine Spur einer Kapitulationsneigung unseres Aussenministers zu finden, auch keinerlei Bereitschaft zu substantiellen politischen Konzessionen. Hingegen war Pilet ein Meister des verbalen Entgegenkommens, was genügte, um das Vertrauen des deutschen Gesandten zu gewinnen, obschon er seine Forderungen an das Dritte Reich, zur Verblüffung des heutigen Lesers, gelegentlich in geradezu ultimativer Form vorbringen konnte. Der deutsche Aussenminister witterte allerdings in ihm den Fuchs zu einem für die Schweiz gefährlichen Zeitpunkt, konnte aber vom Gesandten in Bern beruhigt werden.

Schlussbemerkungen

Die schweizerische Bevölkerung geriet nach dem Zusammenbruch Frankreichs in eine psychische Krise, aus der sie sich aber weitgehend aus eigener Kraft zu befreien vermochte. Ein besonderes Verdienst kam dabei der politisch wachen und urteilsfähigen Schicht zu. Die Krise, die der grosse Schock des französischen Zusammenbruchs ausgelöst hatte, wäre wohl kaum vermeidbar gewesen. Entscheidend war aber, dass sie überwunden werden konnte. Aus diesem Grunde dürfte das Urteil über das Verhalten der schweizerischen Bevölkerung im Sommer 1940 unseres Erachtens überwiegend positiv ausfallen. In den Wochenberichten des «Büros der Psychologen» werden aber auch bisher kaum bewusst gewordene Schwächen der Bevölkerung sichtbar. In dieses Kapitel gehört ihr gestörtes Verhältnis zur Landesre-

gierung, an dem der Bundesrat aber auch nicht schuldlos war. Seine Ansprache vom 25. Juni war unklar und mehrdeutig und liess Zweifel an seiner Haltung aufkommen. Der Frontistenempfang hingegen gehört seines späten Zeitpunktes wegen nicht in die Entstehungsgeschichte des Misstrauens gegenüber dem Bundesrat. Er verfestigte allerdings das bereits bestehende negative Urteil über Bundesrat Pilet und schien es voll zu rechtfertigen.

Anderseits stellte aber das «Büro der Psychologen» wiederholt fest, dass viele Schweizer ihren eigenen Defaitismus auf den Bundesrat abwälzten und ihn so als Sündenbock benützten. Dieses Phänomen wird vom «Büro der Psychologen» als Massenerscheinung bezeichnet. Ausserdem arbeitete die nationalsozialistische und, man darf mit Sicherheit annehmen, auch die linkssozialistisch-kommunistische Propaganda daran, die negative Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Bundesrat zu verstärken. Man kann wohl keinem Schweizer einen Vorwurf machen, weil er nicht merkte, wieweit er in seinen Verdächtigungen des Bundesrates der gerissenen nationalsozialistischen und linkssozialistisch-kommunistischen Propaganda auf den Leim gekrochen war. Der Urteilsfähige hätte sich aber sagen müssen, dass Gerüchte über die Kapitulationsbereitschaft des Bundesrates die Widerstandskraft des Volkes schwer schädigen mussten und, solange Zweifel berechtigt waren, zumindest nicht weitergegeben werden sollten. Solche Zweifel hätten sich melden müssen, denn die Fragwürdigkeit dieser Gerüchte war mindestens zum Teil erkennbar. Einige Anzeichen deuten darauf hin, dass manche Angehörige der geistigen und politischen Elite den Verdächtigungen des Bundesrates nicht nur keinen Widerstand leisteten, sondern dass diese in gewissen Fällen von ihnen ausgingen. Der freisinnige «Dovere» hat sie deswegen kritisiert. – Einzelne Aspekte im Verhältnis der Bevölkerung zum Bundesrat während des Sommers 1940 sind doch auch eine staatsbürgerliche Lektion, wie sich das Volk eines freien Landes in Zeiten schwerster äusserer Bedrängnis seiner Regierung gegenüber nicht verhalten sollte.